

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Herzlichen Glückwunsch an die GenossInnen in Berlin. Klaus Wowereit hat jetzt die Wahl des Partners. Der Erfolg der Piraten war der Erfolg einer Bewegung, die gar nicht so recht weiß was sie außer Freiheit im Netz denn nun will. Konkret scheint aber der Wunsch nach mehr Bürgerrechten dahinter zu stehen. Das scheint auch bei S 21 durch. Das Desaster der FDP nimmt bundespolitisch bedrohliche Ausmaße an: Schwarz/Gilb (Prantl) verliert zunehmend die Handlungsfähigkeit.

Quo vadis Europa ist durchaus berechtigt. Wenn die Frage nach dem Weg der EU nicht schnellstens beantwortet wird, werden die Rettungsschirme möglicherweise nicht ausreichen, wenn es zu einer umgreifenden Infektion der Mitglieder der Währungsunion kommen sollte. Der Geburtsfehler des Euro war das Fehlen einer folgenden Wirtschafts- und Finanzunion.

Rösler einmal unterstellt, er habe wie behauptet aus Sorge um Europa gehandelt, so verkennt er doch, dass Handeln und nicht Weiterdiskutieren angebracht ist. Das Haus brennt, eine Ausbreitung des Feuers muss verhindert werden.

Die „Disziplinlosigkeit“ Röslers ist Sache der Kanzlerin, die nicht verkennen sollte, dass gerade jetzt eine handlungsfähige Regierung vonnöten ist. Hier kann man sich nicht einmal Schadenfreude leisten.

Der Zeitfaktor spricht gegen Merkels Europapolitik. Das Gezerre um den Weg hilft jetzt nicht weiter. Europa braucht schnelles verantwortungsbewusstes Handeln.

In Baden-Württemberg kann man nun wohl der Volksabstimmung hoffnungsvoll entgegen sehen. CDU und FDP werden wohl nicht klagen. Vom Ergebnis eine restlose Befriedung oder gar Versöhnung dürfte wohl zu viel verlangt sein. Eine Entscheidung des Souveräns wird klare Verhältnisse schaffen – es gibt auch noch andere Baustellen im Land.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

- Seite	
- EU: "Wo europäische Wirtschaftsregierung drauf steht, muss auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik drin stecken"	2 - 3
- "Hochwertige Daseinsvorsorge benötigt Rechtssicherheit und passgenaue Regeln"	3
- "Europa muss endlich an einem Strang und auch in die selbe Richtung ziehen"	3 - 4
- Integrationspreis 2012 für Evelyne Gebhardt und Ivan Saric	4
- BW: Gründung „Runder Tisch Islam“ unter Federführung der Ministerin für Integration Bilkay Öney - Tariftreue, Mindestlohn, Ausbildung für jeden jungen Menschen	4 - 6
- Südwürttemberg-Konferenz der SPD am 16. September 2011 – Termin-Hinweis	6 - 7
- SPD-Bodenseekreis: Gewinn für die Region, Steigerung der Wirtschaftskraft	7 - 8
- Südbahn-Rückzieher katastrophal für die Region - Termine im Bodenseekreis	7 - 9
- Landesparteitag – Generalversammlung SBI	9
- SBI: Jubiläumsfeier in Bregenz zum Prix Wasserfrau der SBI	10-12
- SP Kanton SG: Ein grosser Erfolg für Pflegefachfrauen und Hebammen – Kantonsrat muss jetzt nachziehen!	12
- SP und Grüne gehen Listenverbindung ein	12-13
- Personalsituation und Sicherheit im Massnahmezentrum Bitzi – Ungleichbehandlung bei Ausbildungskosten- Die Zitrone ist ausgepresst	13-15
- SP Kanton Thurgau: Anfrage Förderung Komplementärmedizin – Antwort darauf	15-16
- SPÖ Vorarlberg: Zu viel Armut in Vorarlberg - Sommer-Talk mit LAbg. Gabi Sprickler-Falschlunger - Michael Ritsch im ORF-Sommerinterview	16
- SPÖ-Frauen fordern Ergebnisse zur Einkommenstransparenz - SPÖ fordert Maßnahmenpaket zur Armutsbekämpfung	16-18
- SPD Kreis BC und <u>Martin Gerster:</u> Werner Drews ist Ortsvereinsvorsitzender	18
- Schwarz-Gelb streicht Südbahn aus Investitionsplan - 5,8 Mio. Euro für Dolli-Umbau Mindestens 159 Studienplätze zusätzlich	18-19
- KV Ulm und Hilde Mattheis: Hilde Mattheis zeigt sich über Argumente der Zusammenlegung von Arbeitsagenturen Ulm und Aalen empört - Keine Verzögerungen beim Ausbau der Südbahn - Ulm benötigt mehr bezahlbaren Wohnraum	19-20
- Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion	21-23
- Barcamp Frauen Berlin 201	24
- DGB: Infos für Grenzgänger als Faktenblätter	25
- Impressum	26



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

"Wo europäische Wirtschaftsregierung drauf steht, muss auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik drin stecken"

Sondersitzung des Wirtschafts- und Währungsausschusses zur Eurokrise

In der auf sozialdemokratischen Vorschlag heute einberufenen Sondersitzung des Wirtschafts- und Währungsausschusses zur Eurokrise forderte der baden-württembergische SPDEuropaabgeordnete **Peter SIMON** endlich ein ganzheitliches und nachhaltiges Konzept zur Krisenbewältigung und zur Zukunft der Eurozone vorzulegen. "Die Reaktion auf den Finanzmärkten nach den jüngsten Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone war eindeutig. Die erhoffte Wirkung blieb teils aus, teils verpuffte sie schneller als die Beamten in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten auch nur in der Lage gewesen wären, die von ihren Chefs gefassten Beschlüsse abgestimmt zu Papier zu bringen. Nie war es offensichtlicher: Der Euro steht am Scheideweg, die Zeit des ad hoc-Stückwerks und der Einzelmaßnahmen muss ein Ende haben, sonst droht das Scheitern der gesamten Wirtschafts- und Währungsunion. Was wir endlich brauchen, ist ein demokratisch umfassend und dauerhaft legitimer europäischer Gesamtmechanismus, der keinen Spielraum mehr für Spekulationen und Interpretationen lässt. Nur so verhindern wir, dass die Märkte weiterhin Katz und Maus mit uns spielen", so das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses in seinem Appell an Kommissar Olli Rehn, den Vorsitzenden der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker und den polnischen Finanzminister Jacek Rostowski. "Wenn die Menschen überall in Europa derzeit nicht davon überzeugt sind, dass die bisherigen Maßnahmen und Vorschläge ausreichen, um den Euro wieder auf Kurs zu bringen, warum sollten dann die internationalen Finanzmarktakteure anders auf die immer wieder nur häppchenweise präsentierten Einzelmaßnahmen reagieren?", so **Peter SIMON** weiter.

"Wo europäische Wirtschaftsregierung drauf steht, muss auch eine starke, schlagkräftige und im Interesse Europas handelnde Wirtschaftsregierung drinstecken, die Ernst macht mit Eurobonds, Finanztransaktionssteuer und europäischem Währungsfonds. Eine derart vertiefte gemeinschaftliche Politik auf EU-Ebene, die auch wesentlich Aspekte der Wirtschafts- und Finanzpolitik koordiniert und steuert, muss aber zwingend mit einer Stärkung demokratischer Legitimation einhergehen. Die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten allein sind hierzu nicht in der Lage. Es bedarf daher einer deutlichen Stärkung demokratischer Legitimation auf europäischer Ebene und damit insbesondere auch des Europäischen Parlaments", mahnt **Peter SIMON** eine entsprechende Fortentwicklung des Vertrages von Lissabon an.

Brüssel, 29.08.2011

**Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP**

Peter SIMON:

"Hochwertige Daseinsvorsorge benötigt Rechtssicherheit und passgenaue Regeln"

Bericht zur Reform der EU-Beihilfavorschriften für öffentliche Dienstleistungen vorgestellt

Der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** hat am Montagabend im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments erstmals seinen Vorschlag zur Reform der EU-Beihilfavorschriften für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) vorgestellt. Darin fordert der Sozialdemokrat, der im Europäischen Parlament federführend für das Thema zuständig ist, einen horizontalen rechtlichen Rahmen und passgenaue Regeln, um Dienstleistungserbringern und Behörden vor allem auf kommunaler Ebene ein höheres Maß an Rechtssicherheit zu bieten und gleichzeitig deren Verwaltungsaufwand zu verringern: "Die Konsultationen in den 27 Mitgliedstaaten haben deutlich gemacht, dass im Umgang mit den bestehenden Vorschriften noch viel Unklarheit besteht und die derzeit geltenden Regeln der Vielfalt der Dienstleistungen ungenügend Rechnung tragen. Beides führt zu einem enormen Verwaltungsaufwand, der auf Kosten der Qualität der Dienstleistungen gehen kann. Hier muss nachgebessert werden", betonte **Peter SIMON**.

Die DAWI-Beihilfavorschriften beinhalten die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit staatliche Ausgleichszahlungen an die Erbringer öffentlicher Dienstleistungen, wie beispielsweise im Bereich der Alten- und Kinderbetreuung, im Einklang mit EU-Recht stehen. Allerdings führen die bestehenden Unklarheiten dazu, dass die An-

wendung der Vorschriften immer wieder Einzelfallurteilen und juristischen Interpretationen unterliegt. "Ohne einen klaren rechtlichen Rahmen ist Rechtsunsicherheit auch in Zukunft wieder vorprogrammiert", begründete **Peter SIMON** seine Forderung. "Bei einem solchen Rechtsrahmen geht es aber keineswegs darum, sich in die konkrete Bereitstellung der DAWI in den einzelnen Mitgliedstaaten einzumischen. Die muss auch in Zukunft allein den Mitgliedstaaten obliegen und das Subsidiaritätsprinzip gewahrt bleiben!" Der Lissabon-Vertrag bietet mit Artikel 14 erstmals eine rechtliche Grundlage für die Bestimmung der Grundsätze und Bedingungen für öffentliche Dienstleistungen. "Diese sollte endlich genutzt werden, um Klarheit und Rechtssicherheit für alle Akteure der Daseinsvorsorge zu schaffen", so **Peter SIMON** weiter. Unterstützung für seinen Vorschlag erhält **SIMON** vom Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Zudem forderte **Peter SIMON** bei der Überarbeitung der EU-Beihilfavorschriften besonderen Fokus auf die Verhältnismäßigkeit der Regelungen zu legen: "Es darf nicht sein, dass beispielsweise eine Dienstleistung mit rein lokalem Wirkungsgrad genauso behandelt wird wie eine Dienstleistung mit wirklichen Auswirkungen auf den europäischen Binnenmarkt. Der Verwaltungs- und Kontrollaufwand muss ihrer Marktrelevanz angepasst werden, damit lokale Behörden und sonstige Akteure nicht im europäischen Bürokratieumpf versinken." Neben einer generellen Anhebung der Schwellenwerte plädierte **Peter SIMON** daher für spezielle Ausnahmeregelungen (de minimis) für DAWI mit lokal begrenztem Tätigkeitsbereich sowie für soziale Dienstleistungen.

Straßburg, 13.09.2011

**Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP**

Peter SIMON:

"Europa muss endlich an einem Strang und auch in die selbe Richtung ziehen"

EU-Parlament berät mit Kommissionspräsident Barroso, Wirtschaftskommissar Rehn und dem polnischen Finanzminister Rostowski den Weg aus der Finanzkrise

Scharfe Kritik am Krisenmanagement zur Stabilisierung der Eurozone gab es bei der heutigen Generaldebatte im EU-Parlament. "Die Staatsschulden und spekulativen Attacken sind nur zwei der Ursachen für die derzeitige besorgniserregende Situation. Eine große Mitschuld tragen auch die unzulänglichen und zögerlichen Rettungsmaßnahmen der Staats- und Regierungschefs", betont der SPD -

Europaabgeordnete **Peter SIMON** im Anschluss an die Sitzung. Um wieder eine Strategie nach vorne zu finden, fordert das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses den raschen Einstieg in einen gemeinsamen Markt für einen Teil der europäischen Staatsschulden. Darüber hinaus müsse die Einnahmeseite durch eine Finanztransaktionssteuer sowie das Schließen von Steuerschlupflöchern gestärkt werden. Deshalb unterstützt **Peter SIMON** die Europäische Kommission darin, endlich konkrete Vorschläge für eine Finanztransaktionssteuer und Eurobonds vorzulegen: "Lange Zeit haben wir Sozialdemokraten uns mit diesen Forderungen wie der einsame Rufer im Wald gefühlt. Spät aber nicht zu spät hat die Kommission erkannt, dass es im Sinne Europas von äußerster Wichtigkeit ist, auf diesen Zug aufzuspringen. Jetzt muss die Kommission aber auch den Mitgliedstaaten gegenüber Durchsetzungskraft an den Tag legen."

Nach Ansicht von **SIMON** braucht Europa zudem klare Investitionsvorgaben und frische Impulse für Wachstum und Beschäftigung im Rahmen der EU-2020-Strategie. Dafür bedürfe es verbindlicher Absprachen im Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Ziel sei eine ausgewogene und verantwortungsvolle Reform der Eurozone. "Leider deuten viele Zeichen darauf hin, dass wir möglicherweise am Vorabend einer neuen globalen Rezession stehen könnten. Der Wachstumsmotor in Deutschland und Europa könnte dabei gehörig ins Stottern geraten. Europa muss jetzt endlich an einem Strang und auch in die selbe Richtung ziehen", so **Peter SIMON**. Dafür bedürfe es der Anstrengungen aller Mitgliedstaaten - sowohl der Länder mit Handelsüberschüssen, als auch derer mit Defiziten. Deutschfranzösische Alleingänge und einseitige Spardiktate würden die Situation nur noch weiter verschlimmern.

"Der von der FDP geforderte Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone ist reiner Populismus und zudem ökonomisch unsinnig. Aktuelle Studien belegen, dass Deutschland mit jährlich bis zu 30 Milliarden Euro von der Währungsunion profitiert. Gleichzeitig liegen die Zinsen für deutsche Staatsanleihen inzwischen unter der Inflationsrate. Ein Ausschluss Griechenlands vom Euro oder eine Rückkehr zur DMark überstiegen hingegen bei weitem die Kosten für eine Rettung der angeschlagenen Volkswirtschaften", stellt **Peter SIMON** klar.

Straßburg, 14.09.2011 *Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP*

Integrationspreis 2012 für Evelyne Gebhardt und Ivan Saric

Die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt und der langjährige Sozialarbeiter der Caritas Heilbronn-Hohenlohe Ivan Saric werden beim zehnten Internationalen Neujahrsfest der Europäischen Gesellschaft Diaphania den Integrationspreis 2012 erhalten.

Beide Persönlichkeiten haben sich in ihrem Lebenswerk beispielhaft für die soziale und politische Integration eingesetzt und wurden einstimmig vom Kuratorium der Diaphania gewählt.

Das Jubiläumsfest wird am **21. Januar 2012** in der **Kreissparkasse Heilbronn** unter der Glaspyramide stattfinden und beginnt mit einem Empfang ab **14.15 Uhr**.

Der **Fraktionsvorsitzende** der Sozialdemokraten im **Europäischen Parlament** und voraussichtlich nächste Parlamentspräsident **Martin Schulz** wird die **Laudatio für Evelyne Gebhardt** und der Heilbronner Bürgermeister **Harry Mergel** die **Laudatio für Ivan Saric** halten.

Das Mönchsee-Gymnasium wird mit Beiträgen von Kammerchor und Jazz-Band das Fest musikalisch umrahmen.

Die Veranstaltung ist öffentlich und der Eintritt frei.

**17.09.2011, Europäische Gesellschaft Diaphania
Dorothee Utta – Schriftführerin**

Landespolitik:

Gründung „Runder Tisch Islam“ unter Federführung der Ministerin für Integration Bilkay Öney

Ministerin Bilkay Öney: „Innere Sicherheit erreichen wir nur über inneren Zusammenhalt“

Anlässlich des 10. Jahrestags der Anschläge vom 11. September 2001 auf das World-Trade-Center in New York hat die baden-württembergische Ministerin für Integration, Bilkay Öney (SPD), heute an die verhängnisvolle Verflechtung von Islamophobie und der Abwendung mancher Muslime vom gesellschaftlichen Diskurs erinnert.

„Wenn wir an die schrecklichen Ereignisse denken, dürfen wir nicht vergessen, dass die überwiegende Mehrzahl der Muslime in unserer Gesellschaft den Islam als Religion des Friedens begreift und lebt“, sagte die Ministerin. Der Teufelskreis, der seine Kraft aus teilweise islamfeindlichen Haltungen einerseits und der Abschottung einiger Muslime andererseits beziehe, müsse und könne durchbrochen werden.

Mit dem „Runden Tisch Islam“ soll auf Initiative der Ministerin für Integration erstmals im November dieses Jahres ein künftig halbjährlich tagendes Gremium einberufen werden, das sich u. a. den folgenden Themen widmen wird: Islam in der gesellschaftlichen Wahrnehmung, Islam und Bildung, Islam und Grundrechte, Islam und Geschlechterrollen. „Auf diesem Weg wollen wir den gesellschaftlichen Dialog mit Musliminnen und Muslimen fortsetzen und weiter vertiefen. Innere Sicherheit erreichen wir nur über inneren Zusammenhalt“, so Ministerin Öney. Gemäß dem Anspruch einer „Politik des Gehörtwerdens“ wolle die Landesregierung den Dialog mit allen Akteuren der Gesellschaft aktiv pflegen, insbesondere auch mit Bürgerinnen und Bürgern muslimischen Glaubens. „Nur wenn sich Muslime in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Gesellschaft einbringen können und wollen, haben wir unser Ziel erreicht“, sagte die Ministerin.

Veröffentlicht am 07.09.2011
SPD-BW

2012 zum Jahr der ‚Guten Arbeit‘ machen:

Tariftreue, Mindestlohn, Ausbildung für jeden jungen Menschen

SPD- Fraktionschef Claus Schmiedel:

„Jeder junge Mensch kann ausgebildet werden. Mangelnde Ausbildungsreife soll künftig nicht mehr gelten.“

SPD- Sozialexperte Rainer Hinderer:

„Gute Arbeit braucht Löhne, von denen die Menschen auch leben können“

Bei ihrer Klausurtagung in Biberach/Riss hat die SPD- Landtagsfraktion beschlossen, 2012 zum Jahr der ‚Guten Arbeit‘ zu machen und hier einen Schwerpunkt ihrer Fraktionsarbeit zu setzen. Denn auch wenn Baden- Württemberg mit einer Erwerbstätigenquote von über 74 % sowie mit einer Arbeitslosenquote von etwa 4 % sowohl im Vergleich der Bundesländer als auch im Vergleich zu anderen Staaten der Europäischen Union relativ gut dastehe, gäbe es auf dem Arbeitsmarkt aktuell und mittelfristig Probleme, die jetzt angegangen werden müssten. Schließlich gäbe es reihenweise befristete,

unsichere und unterbezahlte Arbeitsverhältnisse. Zudem hätten viele junge Menschen Probleme, einen Ausbildungsplatz zu finden. Ziel sei, so Schmiedel, allen Menschen unseres Bundeslandes ein gutes Einkommen und gesellschaftliche Integration zu sichern. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kammern und Verbänden sollten hierzu wichtige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag bereits am Anfang der Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden.

Mit einem Tariftreuegesetz Unternehmen und Beschäftigte schützen

An vielen Stellen gäbe es einen Wettbewerb um öffentliche Aufträge, bei dem Unternehmen mit Niedriglöhnen zum Zug kämen. Das führe zu Einnahmeausfällen in der Sozialversicherung und letztlich auch zu niedrigen Renten. Ebenso würden Unternehmer aus dem Wettbewerb geworfen, die ihre Beschäftigten fair bezahlten. Deshalb wird die SPD - Landtagsfraktion ein Tariftreuegesetz auf den Weg bringen, denn „Unternehmen und Beschäftigte müssen geschützt werden“, so Schmiedel.

Für einen gesetzlichen Mindestlohn und mehr branchenspezifische Mindestlöhne einsetzen

Die SPD- Landtagsfraktion setze sich weiterhin für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn und für mehr branchenspezifische Mindestlöhne ein. Während die CDU im Land und Bund nicht wisse, was sie wolle, sei für die SPD- Landtagsfraktion klar: „Gute Arbeit braucht Löhne, von denen die Menschen auch leben können“, so der Sozialexperte Rainer Hinderer. Auch in Baden- Württemberg sei dies nicht immer der Fall.

Als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen und Gute Arbeit anbieten

Das Land Baden- Württemberg sei nicht nur selbst ein großer Arbeitgeber, sondern sei auch an vielen Unternehmen im Land beteiligt. Für alle Beschäftigten des Landes solle wieder ein Tarifvertrag gelten. Ausgliederungen, die nur deshalb vorgenommen worden seien, um die Tarifbindung zu verlassen, sollten zurückgeführt werden. Die befristeten Arbeitsverträge beim Land sollten auf die wirklich begründeten Fälle reduziert werden, kündigte Rainer Hinderer, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, an.

Jedem Schulabgänger eine Ausbildung ermöglichen

Nach wie vor setze sich das Land unter anderem im Bündnis für Ausbildung bei der Wirtschaft dafür ein, ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen bereitzustellen, um den Bedarf an Fachkräften durch eigene Anstrengungen zu sichern. Doch nicht jeder Jugendliche könne über diesen Weg den ange-

strebten Ausbildungsplatz erreichen. Hier müsse ein Paradigmenwechsel stattfinden: jeder junge Mensch könne ausgebildet werden, eventuelle Schwächen müssten in den ersten Monaten der Ausbildung ausgeglichen werden. Bisher gängige Übergangssysteme sollten auf ein sinnvolles Maß reduziert und verstärkt Ausbildungen mit staatlicher Unterstützung gefördert werden. Die SPD- Landtagsfraktion werde hierzu in einem ersten Schritt in einer oder zwei Modellregionen den direkten Übergang für alle Jugendlichen in Ausbildung umsetzen, kündigten Schmiedel und Hinderer an. SPD- Fraktionschef Claus Schmiedel machte deutlich: „Jeder junge Mensch kann ausgebildet werden. Mangelnde Ausbildungsreife soll künftig kein Vorwand gegen einen Ausbildungsplatz sein.“

Mit einem eigenen Landes- Arbeitsmarktprogramm die Integration in den Arbeitsmarkt voranbringen

Die Finanzierung für die Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt erfolge bisher nahezu ausnahmslos über den Bund oder die Europäische Union. Das Land habe hier kaum eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Die SPD- Landtagsfraktion werde in Abstimmung mit Sozialministerin Katrin Altpeter MdL – wie einige andere Bundesländer auch – mit eigenen Mitteln aus dem Landeshaushalt landesspezifische Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration auf den Weg bringen. Eckpunkte hierzu würden in den nächsten Monaten erarbeitet werden.

Veröffentlicht am 16.09.2011
SPD-BW

Südwürttemberg-Konferenz der SPD am 16. September 2011

Von Stetten am Bodensee an die Donau in Sigmaringen: Hier tagte auf Einladung der Stellvertreterinnen der SPD-Landesvorsitzenden Hilde Mattheis (Ulm) die jüngste Konferenz der SPD Südwürttemberg. Neben Hilde nahmen die Landtagsabgeordneten Hans-Martin Haller (Albstadt) und Klaus Käppeler (Zwiefalten) sowie Vertreter/innen aus den Kreisverbänden Ulm, Tübingen, Kreis Sigmaringen und Bodenseekreis teil. Das wichtigste Anliegen bzw. die größte Sorge, die das Meeting beherrschte, war die Stagnation in der regionalen Verkehrspolitik zwischen Donau und Bodensee, auf der Straße ebenso wie auf der Schiene. Und wenn die Bundestagswahl im Jahr 2013 von Rot-Grün gewonnen wird und die SPD den Verkehrsminister/die Verkehrsministerin stellt, dann muss die Parteibasis in Südwürttemberg auf Konzepte zur Realisierung bzw. Finanzierung der Projekte im Ausbau des regionalen Bundesfernstraßennetzes und der Schienenwege (vor allem bei der Südbahn) drängen! Wenig optimistisch kam das Referat von Hans-

Martin Haller über, dem verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Stuttgart.

Zu Beginn der Konferenz in Sigmaringen berichtete Hilde Mattheis über die bis jetzt vorliegenden Anträge zum Landesparteitag der baden-württembergischen SPD am 14./15. Oktober in Offenburg. Zum Dossier „Parteireform“ wird es einen Leitantrag des Landesvorstandes geben. Ein weiteres Paket für die Delegierten ist der Bereich Familienpolitik mit Anliegen zur Elternzeit, zur Finanzierung der Pflege und zur Betreuung/Bildung von unter dreijährigen Kindern. Anträge einzelner Ortsvereine, noch vor dem landesweiten Volksentscheid zu Stuttgart 21 noch eine Mitgliederbefragung in der Landes-SPD abzuhalten, werden von der Südwürttemberg-Konferenz nicht unterstützt. Ein anderer Dauerbrenner ist zudem das Arbeitsprogramm der Partei mit dem Ansinnen, sich für kommende Wahlkämpfe anders aufzustellen, um wieder bessere Wahlergebnisse als 2006 und 2011 zu erzielen. In Offenburg wird turnusgemäß der SPD-Landesvorstand neu gewählt. Aus Südwürttemberg sind bis jetzt folgende Bewerbungen bekannt: (u. a. als Beisitzerinnen)

Ortrun Bäumlein, KV Ulm und 2. Vorsitzende der AG Selbständige in der SPD, Adnan Sabah, KV Bodenseekreis/Kreisvorsitzender u. AfA-Landesvorstandsmitglied, Martin Gerster, MdB, Biberach, kandidiert für das Präsidium der Landes-SPD Rudolf Bindig, KV Ravensburg, kandidiert für die Landes-Schiedskommission, Dorothea Kliche-Behnke, Kreisvorsitzende KV Tübingen, als Delegierte zum SPD-Bundesparteitag vom 4.-6. Dezember in Berlin.

Für die Antragskommission der Landes-SPD kandidieren:

Martin Rosemann und Rita Haller-Haid, KV Tübingen, Otto Ziegler, KV Ravensburg, Stephan Binsch, KV Sigmaringen.

In seinem Referat bei der SPD-Konferenz stimmte der Landtagsabgeordnete Hans-Martin Haller das bekannte Klageglied an zur Stagnation bei den Umgehungsvorhaben für die oberschwäbischen Bundesstraßen 27, 30, 31 und 32, 311 und 312.

Er legte dar, dass die Landespolitik für die Planungen im hiesigen Bundesfernstraßenbau zuständig sei und der Bund für die Finanzierung der planfestgestellten Maßnahmen sorgen müsse. In den letzten 10 Jahren sind im Südwesten viel zu viele Straßenbauprojekte in die 1. Dringlichkeitsstufe im Bedarfsplan-Gesetz des Bundestages für den Fernstraßenbau aufgenommen worden. Die bisherige Landesregierung hat es versäumt, eine Prioritätenliste dieser Ausbau-Maßnahmen vorzulegen. Der Bund verwendet zudem Einnahmen aus der LKW-Maut nicht im Straßenbau, sondern stopft damit Löcher in anderen Ressorts (etwa im Sozialbereich). „Der Verkehr ist dramatisch unterfinanziert“, reklamierte der SPD-Landtagsabgeordnete.

Auch im Landeshaushalt von Baden-Württemberg fehlen hinreichend Finanzmittel, um alle Schlaglöcher in den maroden Landesstraßen zu flicken. Zudem will der grüne Koalitionspartner in der Landesregierung die Hälfte des vorhandenen Verkehrsetats zum Ausbau des ÖPNV im Land verwenden, statt für den Straßenbau. Wenn nach 5-10 Jahren eine planfestgestellte Straßenbau-Maßnahme im Bundesbedarfsplan für den Fernstraßenbau (Haller: „in weiten Teilen ein Märchenbuch...“) nicht zur Bau-Ausführung gelangt, verfällt das Projekt und man fängt wieder bei Null an. Die SPD-Konferenz in Sigmaringen nahm einhellig schmerzlichen Anteil an der Staumisere auf der B 31 im Sommer entlang des nördlichen Bodensee-Ufers.

Neue schlechte Nachrichten gibt es auch bei den Bahnstrecken Südbahn und Gäubahn (Stuttgart-Konstanz-Zürich). Zusagen für die Finanzierung der Elektrifizierung der Südbahn sind zuletzt im Bundesverkehrsministerium wieder erheblich relativiert worden. Die Bodenseegürtelbahn kommt in den Planungen überhaupt nicht vor. Die Stagnation in der Verkehrspolitik schadet in zunehmendem Maße auch den exportorientierten Unternehmen im südlichen Baden-Württemberg. „Dem ist nicht so“, trat Haller Mutmaßungen entgegen, wonach ein Scheitern von Stuttgart 21 dazu führen könnte, dass die 4-5 Milliarden Euro dann einfach für andere Investitionen im Bahnverkehr im Südwesten abfließen würden.

Eindrucksvoll argumentierte die Bad Saulgauer SPD-Gemeinderätin Gerlinde Frühbauer für dringende Investitionen auf einer anderen Baustelle. „Je weniger wir uns anstrengen bei den Kinderhorten und bei der Umsetzung des Orientierungsplanes in den Kindergärten bis hin zu mehr Erzieher/innen-Personal in den Städten und Gemeinden, um so vergeblicher sind spätere kostenträchtige Maßnahmen im Sekundarbereich II an den Schulen und im Hochschulbereich.“ Empfehlenswert ist die Lektüre zum Thema „Spiegelneuronen“ und andere Erkenntnisse der Hirnforscher in wikipedia, worauf die SPD-Kommunalpolitikerin nachdrücklich aufmerksam machte. Ihr nachdrückliches Plädoyer fiel bei Klaus Käppeler, dem Landtagsabgeordneten und Grund- und Hauptschulrektor, auf guten Nährboden. Er berichtete der SPD-Konferenz, dass die Bildungsministerin GWL (Gabriele Warminski-Leitheußer) den Koalitionsfraktionen neulich einen dicken Packen Papier zu ihren konkreten Planungen für den Kita- und Schulbereich vorgelegt habe. Ihr Kollege in der Landesregierung, Verkehrsminister Winfried Hermann von den Grünen habe bisher noch kein einziges Blatt Papier zu seinen konkreten Ressort-Plänen ausgehändigt.

W. Bernhard

Termin-Hinweis:

Beim **Dreikönigstreffen** der **SPD-Langenargen** am 6. Januar 2012 (im „Münzhof“-Saal) um 10.30 Uhr spricht der langjährige Ulmer Sozialdemokrat und Oberbürgermeister **Ivo Gönner** zur aktuellen Landes- und Bundespolitik.

Bitte vormerken!



Beitrag der SPD-Kluffern zur Diskussion um die Windkraft:

Gewinn für die Region, Steigerung der Wirtschaftskraft

Die Gehrenberg-Gemeinden wie Markdorf, Bermatingen, auch Kluffern haben die riesige Chance, ihren Energiebedarf langfristig, sicher und mit großem finanziellen Erfolg aus eigener Kraft zu decken, die Energieerzeugung in die eigenen Hände zu nehmen. Angesprochen sind die Bürger, lokale Energieunternehmen und die Gemeinden selbst. Mit Investoren und Betreibern von Windkraftanlagen, Biogasanlagen kombiniert mit Nahwärmeversorgung oder größeren Hackschnitzel-Heizanlagen ist die Region in der Lage, völlig unabhängig von Russlandgas, Libyen-Öl und großen Energieversorgern zu werden. Der Vorteil liegt auf der Hand. Jeder Euro bleibt in der Region, bereits beim Bau der Anlagen später bei Betrieb und Wartung. Es geht um Millionen Euro, die bisher aus der Region, aus den Gemeinden abfließen, solange Öl, Gas und Strom im Ausland oder von fernen Großkraftwerken gekauft werden müssen. Die kleineren, dezentralen Kraft- und Heizwerke werden von Menschen aus der Region betrieben, schaffen Arbeitsplätze und liefern Gewinne vor Ort.

Erfolgreiche Beispiele gibt es bereits, wie die Bio-Energiedörfer in unserer Nachbarschaft. Die Windkraft schafft eine wichtige Ergänzung, der Gehrenberg bietet zur abgewogenen Auswahl ausreichend Standorte, die heimischen Investoren angeboten werden können.

Zur Versachlichung der Diskussion beitragen könnte eine erste, maßstäblich korrekte Darstellung von 2 bis 3 Windkraftanlagen an sinnvollen Standorten.

06.09.2011

Bernd Caesar,

Stellv. Vorsitzender SPD Ortsverein Kluftern

Südbahn-Rückzieher katastrophal für die Region

Die SPD Bodenseekreis zeigt sich entsetzt über Medienberichte, nach denen die Schwarz-Gelbe Bundesregierung nun doch keine Mittel für den Ausbau und die Elektrifizierung der Südbahn zur Verfügung stellen möchte. Nach langjährigem Druck durch die SPD-Bundestagsfraktion war das Projekt in den Investitionsrahmenplan des Bundesverkehrsministeriums aufgenommen worden. Umso unverständlicher erscheint es, dass Verkehrsminister Ramsauer (CSU) nun dieses wichtige Projekt wieder auf Eis legen will.

„Der Ausbau der Südbahn ist ein zentrales Infrastrukturprojekt für den gesamten südwestlichen Raum Baden-Württembergs“ sagte der SPD-Kreisvorsitzende Adnan Sabah. Es sei von nun an dringend notwendig, dass die Abgeordneten von CDU und FDP ihren großen Worten während der letzten Wahlkämpfe auch Taten folgen lassen und nicht untätig akzeptieren, dass schon erreichte und notwendige Schritte für den Ausbau der Südbahn wieder rückgängig gemacht würden, so Sabah weiter.

Unverständnis äußerte Sabah auch über die Haltung der Grünen, die in einer Erklärung krampfhaft versuchten, den Ausbau der Südbahn gegen das Großprojekt Stuttgart 21 auszuspielen. „Beide Projekte haben nichts miteinander zu tun, die Behauptung, das Geld für den Ausbau der Südbahn würde durch die Umsetzung von Stuttgart 21 fehlen, ist schlicht falsch“. Es sei in der Debatte um den Ausbau der Südbahn nicht förderlich, solche undifferenzierten Äußerungen zu tätigen, machte Sabah deutlich.

Der biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster, der auch den Bodenseekreis für die SPD als Betreuungsabgeordneter vertritt, machte ebenfalls deutlich, alle ihm in der Opposition zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, damit dieses wichtige Projekt nun auch umgesetzt wird.

19.09.2011

Leon Hahn

Termine im Bodenseekreis

Kreisvorstand:

Klausurtagung

Freitag, 30.09.2011, 17:00 Uhr - 22:00.

Ort: Gasthaus Traube, Steibensteg Markdorf

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 26.09.2011

19:30 Uhr - 21:30 Uhr.

Ort: Weinstube Stecher

politisches Wurstsalatessen

Donnerstag, 06.10.2011,

18:00 Uhr - 20:30 Uhr. Ort: Weinstube Stecher

wir wollen bei einem zünftigen Wurstsalatessen nebenbei unsere Gedanken austauschen. Muss nicht alles politisch sein ...

OV Deggenhauseral:

Nächste Mitgliederversammlung

Donnerstag 13.10.11,

20 Uhr

Näheres folgt

OV Markdorf:

Altpapier Segelflieger

Samstag, 17.09.2011

Vorstand

Donnerstag, 13.10.2011,

20:00 Uhr - 22:30 Uhr.

Ort: Krone

OV Meersburg:

Einladung zur Veranstaltung des SPD-Ortsvereins

Donnerstag, den 29. September 2011,

20 Uhr

im Klosterkeller, Meersburg, Kirchstraße

Themen:

- Sommertalschule
- Was wurde erreicht, wie geht es weiter?
- Fahrradweg Daisendorf – Uhldingen-Mühlhofen
- **Verkehrskonzept** für Meersburg/Daisendorf
- Kreisel am Bleicheplatz
- Anschluss Kreisstrasse 7783 an B 31 (Nähe „Letzter Heller“)

Anschließend Diskussion

OV Friedrichshafen:

SPD- Stammtisch

Donnerstag, 29.09.2011,
19:30 Uhr.
Ort: Dorfkrug

Vorstandssitzung

Donnerstag, 06.10.2011,
19:30 Uhr.
Ort: Restaurant Traube, Waggershausen

OV Überlingen:

parteioffentliche Vorstand- und Fraktionssitzung

Dienstag 18.10.2011
Zeit: 19:00
Mitgliederversammlung
Zeit: 20:00
Thema: wird noch bekannt gegeben
Ort: Nebenzimmer des Gasthauses
Krone, Münsterstraße

SPD - Landesverband Baden- Württemberg

**Freitag, 14.10.2011, 15:30 Uhr - Samstag,
15.10.2011, 16:00 Uhr**

Ordentlicher Landesparteitag,

Ort: Offenburg, Oberrheinhalle

Programm

Freitag, 14. Oktober

15.30 Uhr: Eröffnung und Begrüßung Elvira
Drobinski-Weiß, stellvertr. Landesvorsitzende

Konstituierung
Grußworte

Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden Dr.
Nils Schmid MdL, stellvertr. Ministerpräsident

Bericht des Schatzmeisters Karl-Ulrich Templ

Bericht der Kontrollkommission - Sabine Raetzel

Verbunde Diskussion und Aussprache

Antragsberatung:

Organisationspolitische und statutenändernde
Anträge

Wahlen
Landesvorsitzende/Landesvorsitzender
Stellvertretende Landesvorsitzende/R

Generalsekretärin/Generalsekretär
Schatzmeisterin/Schatzmeister
Weitere Mitglieder des Landesvorstands

Ca. 20.00 Uhr: Unterbrechung

Samstag, 15. Oktober

9.00 Uhr: Einbringung der (Leit-)Anträge
Fortsetzung der Wahlen zum Landesvorstand, da-
zwischen Fortsetzung der Antragsberatung und
weitere Wahlen (Mitglieder des Parteirates, Mit-
glieder der Kontrollkommission, Mitglieder der
Antragskommission, Delegierte für den Bundespar-
teitag, Delegierte für den SPE-Kongress)

Ca. 16.00 Uhr: Schlusswort

SBI:

23.10.2011

Eidgenössische National- und Ständeratswahlen

18.11.2011

SBI-Generalversammlung mit Neuwahlen

18.00 Uhr bis 20.00 Uhr

SPÖ-Landesgeschäftsstelle, St. Anna-
Straße 1, Bregenz

parteioffentlich

Aufgrund seiner neuen Aufgaben als Leiter
der Stabsstelle für Schulentwicklung ist
Norbert Zeller nicht mehr in der Lage,
weiterhin die Präsidentschaft in der SBI
auszuüben. Er wird deshalb diese Funktion
am 18.11.2011 an Olga Pircher übergeben.

Als voraussichtlichen Nachfolger in der
deutschen Präsidentschaft wird er den neu
gewählten Landtagsabgeordneten Hans-
Peter Storz (Wahlkreis Singen) vorschla-
gen.

Die Delegierten der deutsche Sektion SBI
werden vor der Generalversammlung noch
rechtzeitig zu einer Sitzung eingeladen
werden.

d. R.

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Jubiläumsfeier in Bregenz zum Prix Wasserfrau der Sozialistischen Bodensee- Internationale 2011

Erich Schäfler, der Sozialdemokrat aus der Ufergemeinde Wasserburg, ist hochzufrieden. „Es war eine kurzweilige, abwechslungsreiche Feier, und die Jugend hat zu Recht dieses Jahr den Preis verliehen bekommen.“ Auch Hildegard Fässler, die Schweizer SP-Nationalrätin und Initiatorin des „Prix Wasserfrau“, verabschiedet sich draußen vor dem Theater am Kornmarkt in Bregenz mit einem zufriedenen Lächeln.

Bis auf zwei Preisträgerinnen, das Kinderneest in Weingarten und der Verein „Frauen helfen Frauen“ in Friedrichshafen, waren alle bisherigen Preisträgerinnen mit dabei, als die Bronzefigur des „Prix Wasserfrau“ aus der Werkstatt der St.Gallener Bildhauerin Irene Thoma für dieses Jahr 2011 an das Team des Vorarlberger Mädchenzentrums Amazone verliehen wurde. Anna Jäger, die letztes Jahr für ihre Arbeit im Frauenreferat der Katholischen Erwachsenenbildung Ravensburg ausgezeichnet wurde, ist durch den Preis inspiriert worden. „Wenn unser Wirken selbst bei sozialdemokratischen Politikerinnen (und weniger im innerkirchlichen Raum) geschätzt wird, dann müssen wir bei uns selber dem Bedürfnis nach Anerkennung und Wertschätzung stärker Geltung verschaffen.“ Kurzum: Am 23. Oktober wird Anna Jäger alle 90 Mitarbeiterinnen im Frauenreferat der kirchlichen Erwachsenenbildung in den vergangenen 20 Jahren zu einem tollen Brunch einladen und den Prix Wasserfrau nachfeiern. Sonja Wiesmann, auch eine Preisträgerin aus dem Kanton Thurgau, verdankt dem Prix Wasserfrau eine Lebenswende weg von der beruflichen Tätigkeit in der Baubranche hin zur Arbeit in der Politik. Sie ist jetzt Frau Gemeindeamann (also Bürgermeisterin) in der Thurgauer Gemeinde Wigoltingen: „Ein neues Ich, eine neue Frau“. Und Friederike von Wolff aus



Konstanz fügt hinzu: „Ich bin jetzt zum 4. Mal bei einer Preisverleihung dabei einschließlich meiner eigenen (im Jahr 2007), und jedes Mal habe ich neue Kraft für meine Arbeit für die Frauen und Mädchen in der Flüchtlingshilfe gewonnen.“

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt die Vizepräsidentin der Bodensee-Internationale, die Vorarlberger **SPÖ-Politikerin Olga Pircher**, die über 70 Gäste und würdigt **Hildegard Fässler**. Die Schweizer Nationalrätin hat nach einer Tagung am 31. März 2000 in Bregenz (mit der SPD-Bundesministerin Renate Schmidt) zum Thema „Linke Frauen am See- neue Ideen und Konzepte im Kampf um die Frauen-Gleichstellung“ die beste Idee kreiert: jedes Jahr einen Preis zu verleihen für besondere ehrenamtliche Projekte in der Bodenseeregion, zusammen mit einer ansehnlichen Geldförderung für die weitere Arbeit. Olga Pircher heißt auch zwei Mitglieder der Jury willkommen, die jedes Jahr zusammenkommt (unter dem Vorsitz von Hildegard Fässler), um aus den eingereichten Vorschlägen die neue Preisträgerin zu nominieren: Anita Vooren, Gewerkschaftsvorsitzende im Bodenseekreis von der öffentliche Dienste-Gewerkschaft ver.di und Marianne König, frühere Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen am nördlichen Seeufer.

Trotz ihres Arbeitsstresses vor der 1. Examenprüfung im Medizinstudium übernimmt die ehemalige **Amazone Mailin Cararo** ohne Scheu den Vortrag ihrer Laudatio über das Mädchenzentrum. Sie verdankt ihrem sozialen Engagement in diesem Zentrum, wie sie sagt, viele wertvollen Impulse für ihre Persönlichkeitsentwicklung. Junge Frauen haben in den diversen Workshops und Selbsterfahrungskursen viel Gelegenheit, die Fragen: Wer bin ich? Was mache ich? Was will ich aus meinem Leben machen? authentisch und kompetent zu beantworten. Kurse zur Selbstverteidigung und zum neuen Feminismus, zur sexuellen Identität und zur Berufsorientierung, zur Vorbeugung gegen Essstörungen bieten den Mädchen und jungen Frauen reichhaltige Angebote. Neu im Programm ist ein

Projekt zur interkulturellen Kommunikation für junge Migrantinnen und Nicht-Migrantinnen im Mädchenzentrum. Wer Mehr darüber erfahren will, kann gerne die Internetseite www.amazone.or.at heimsuchen.



Foto von links: Irene Thoma, Fredy Alder, Olga Pircher, Magdalena Dürtscher, Yng Yng Lau, Amanda Ruf

Foto: Andy Heinrich, Langenargen

Die Geschäftsführerin des Zentrums, **Mag.a Amanda Ruf**, nimmt für ihr Team den Blumenstrauß und die Bronzefigur der Wasserfrau vom SBI-Vizepräsidenten Fredi Alder und von Hildegard Fässler entgegen, umrahmt von einem anhaltenden Beifall aus dem begeisterten Publikum „Es ist toll, dass es so viele junge Frauen gibt, die eine so großartige Rolle spielen, ohne die wir den Preis nicht verleihen könnten“, bescheinigt Hildegard Fässler den Amazonen anerkennend.

Die anwesenden Preisträgerinnen aus den früheren Jahren werden von der SP-Nationalrätin jeweils mit amüsanten Entdeckungen beim „Googeln“ willkommen geheißen, wenn die Namenseingabe noch nicht auf Anhieb die richtige Spur verrät. AIDA ist ein bekanntes Kreuzfahrtschiff, aber auch die St.Gallener Privatschule für Migrantinnen, wo über 3 Dutzend internationale Sprachen- auch das Schwyzer Dütsch- gelernt werden können. Das AIDA-Team bekommt im Sommer 2002 auf der Fähre Romanshorn-Friedrichshafen den Prix Wasserfrau verliehen, als 1.PreisträgerInnen. Immerhin 15 Arbeitsplätze sind in der Schule entstanden, zur Betreuung von Kochkursen, PC- und Yoga-Seminaren. Die Preisfigur hat einen repräsentativen Platz im Schulgebäude inne.

Hildegard Stöckler, frühere Leiterin des Frauenmuseums in Hittisau im Bregenzer Wald, wundert sich noch heute, dass Parteigrenzen überwindend ihre Arbeit im schwarzen Bregenzerwald bei den Sozialdemokraten großen Anklang findet. Sie nimmt den Prix Wasserfrau im Jahr 2005 in Empfang. Derzeit präsentiert das Frauenmuseum eine spannende Ausstellung zur Geschichte des Internationalen Frauentages. Ein Besuch lohnt sich auf jeden Fall!

Im Jahr 2009 ist das pfiffige Team des **Vorarlberger Kirchenfrauenkabarets** dran, um mit dem Prix Wasserfrau ausgezeichnet zu werden. „Lachen ist Ausdruck einer unausrottbaren Hoffnung für die

Kirche“, ist das Motto der engagierten Damen. Ihre Auftritte im gesamten mitteleuropäischen Raum finden großen Anklang. Im schweizerischen Sempach, eigentlich eine eher konservative Gegend, verfolgen über 500 begeisterte Zuhörer/innen ihren temperamentvollen Auftritt. „Opas an die Macht, und Omas auf die Bühne“, kommentieren sie frech die hochbetagten männlichen Würdenträger wie die letzte Papstwahl und das Alter der Kardinäle, das die würdigen Damen aus der Diözese Feldkirch/Vorarlberg zu spitzfindigen Songs und Texten zur Amtskirche herausfordert. Alle, die an der diesjährigen Preisverleihung nicht teilgenommen haben, haben den mitreißenden Auftritt im Theater am Kornmarkt mit etlichen Szenen aus ihrem aktuellen Programm halt verpasst. Sie haben sich die Frischzellenkur“ für die Kirche anlässlich des Papstbesuches bei der Katholischen Kirche in Österreich entgehen lassen. www.kirchenfrauen-kabarett.at

Sie hat zwei Wassermänner geboren, **Sonja Wiesmann**, heute Gemeindeamann in Wigoltingen, und ist von ihrem Arbeitgeber in einem Bauunternehmen dafür gekündigt worden. Ihre mutige Klage hat in der Schweiz einiges Aufsehen hervorgerufen bis hin zu gesetzgeberischen Verbesserungen im Mutterschutz und bei der Frauengleichstellung. Ebenfalls stolz auf den Prix Wasserfrau ist **Jolanda Spierig**, die Publizistin aus dem Kanton St.Gallen, die 2006 den Preis entgegennimmt. Sie setzt sich in zahlreichen Initiativen für eine geschlechtergerechte Sprache in Schulbüchern ein und wendet sich gegen diskriminierende Sprüche gegen Frauen in der Werbung. Sie amüsiert die Zuhörer/innen mit zwei Lesungen aus ihrer Arbeit: Wie detailliert die Vorschriften für das Stricken von Militärsocken in Heimarbeit für die eidgenössische Armee ist- und: Das oft nicht enden wollende Klimakterium des Mannes und die Begleitung durch die Ehefrau....

Aus Konstanz ist **Friederike von Wolff** nach Bregenz angereist. Sie hat vor 30 Jahren junge Flüchtlinge, Frauen und Mädchen, aus dem vom Bürgerkrieg verwüsteten Eritrea bei sich in der Wohnung aufgenommen. So hat ihr Wirken in der Flüchtlingshilfe der Evangelischen Kirchengemeinde begonnen. Viele „Patentöchter“ von Friederike von Wolff sind stolz auf den mittleren und höheren Schulabschluss, den sie auch mit Hilfe des Arbeitskreises Asyl geschafft haben. Die kurdischen Mädchen lassen die Bodensee-Internationale herzlich grüßen. Es soll ein Geheimnis bleiben, weshalb Frau von Wolff nur ein einziges Mal an einer kurdischen Hochzeitsfeier in Bermatingen im Linzgau mitgewirkt hat, obwohl sie mit einem selbstgefertigten Geschenk für das Brautpaar (einer Collage aus gepressten bunten Pflanzen) aufwarten konnte. Ihre Kollegin **Anna Jäger** von der Katholischen Erwachsenenbildung Ravensburg freut sich ebenfalls über das große Interesse an ihrem Engagement im Frauenreferat, das die Bodensee-Internationale

ihr mit der Preisverleihung letztes Jahr, 2010, in Langenargen entgeggebracht hat.

Hildegard Fässler stellt zum guten Schluss die beiden ebenfalls mit dem Prix Wasserfrau geehrten Vereine „Kindernest Weingarten“ mit **Helga Bayha** und „Frauen helfen Frauen“ in Friedrichshafen mit **Anna Bucher** vor und lässt beide Preisträgerinnen herzlich grüssen.



Eine andere Perspektive: aufmerksames Publikum
Foto: Josef Stampach, SPÖ

Die beiden SPÖ-Politiker Michael Ritsch und Reinhold Einwallner haben sich sehr beeilt, um nach einer Präsidiumssitzung in Wien noch in Bregenz an der Verleihung des Prix Wasserfrau teilnehmen zu können. Der SPD-Vorsitzende der SPD Bodenseekreis (Friedrichshafen/Überlingen) Adnan Sabah, ist ebenfalls dabei wie die Abordnung der Lindauer SPD und die beiden Gewerkschaftssekretäre Kurt Dapré (Vorarlberg) und Gottfried Christmann (Ravensburg/Oberschwaben). Norbert Zeller ist wegen einer dringlichen Konferenz in Berlin für diese SBI-Feier entschuldigt worden. Im nächsten Jahr 2012 lädt die SBI zur 11. Preisverleihung ein, für die wiederum allfällige Vorschläge an die Jury (c/o NR Hildegard Fässler, CH) willkommen sind.

W. Bernhard

www.bodensee-internationale.org



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

Ein grosser Erfolg für Pflegefachfrauen und Hebammen – Kantonsrat muss jetzt nachziehen!

Die Lohngleichheitsklage zur Besoldung diplomierter Pflegefachfrauen und Hebammen ist mit einem Vergleich beigelegt worden. Deren Löhne gleichen sich damit an andere Berufsgruppen im Kanton an. Die SP freut sich über den grossen Erfolg der Klägerinnen und hofft, dass dieser Vergleich Signalwirkung haben wird auf die

umliegenden Kantone und private Trägerschaften.

Die SP nimmt den Vergleich der klagenden Verbände mit dem Kanton mit Genugtuung zur Kenntnis. Lohnklagen sind kein einfaches Unterfangen, umso erfreulicher ist der Sieg des Pflegepersonals nach über zehn Jahren Kampf gegen Lohndiskriminierung.

Kantonsrat hat keine Wahl

Den Nachtragskredit für die Besoldungsnachzahlungen ab 1. Januar 2011 muss der Kantonsrat in der kommenden Septembersession genehmigen. Im November beschliesst der Kantonsrat die weitere Stufenerhöhung. Nach dem überaus klaren Entscheid des Bundesgerichts erwartet die SP, dass der Kantonsrat dem Geschäft vorbehaltlos zustimmt und den diplomierten Pflegefachfrauen und Hebammen keine weiteren Steine in den Weg legt. Schliesslich ist der Kanton St.Gallen auf gutes und qualifiziertes Gesundheitspersonal angewiesen.

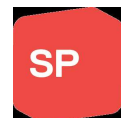
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Trotz des Erfolgs im Kanton St.Gallen ist Lohndiskriminierung leider weiterhin an der Tagesordnung. Der SGB-Verteilungsbericht vom April 2011 zeigt es deutlich: Frauen verdienen im öffentlichen Sektor im Schnitt 17.6% weniger als Männer, in der Privatwirtschaft sind es sogar 24.1%. Die SP wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass für gleiche Arbeit, auch der gleiche Lohn bezahlt wird.

St.Gallen, 18. August 2011

Weitere Auskünfte:

- o **Claudia Friedl, Parteipräsidentin**
- o **Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin**
- o **Dario Sulzer, Politischer Sekretär**



SP und Grüne gehen Listenverbindung ein

Die Kantonalparteien der SP und der Grünen gehen für die Nationalratswahlen eine Listenverbindung ein. Damit können die grün-sozialen Anliegen gestärkt aus den Wahlen hervorgehen.

Nachdem 2007 keine rot-grüne Listenverbindung zustande kam, findet die traditionsreiche Verbindung nun für die kommenden Wahlen eine Fortsetzung: Die Kantonalparteien der SP und der Grünen gehen für die Nationalratswahlen eine Listenverbindung ein. Die Parteipräsidentin der SP, Claudia Friedl, sowie der Parteipräsident der Grünen, Urs Bernhardsgrütter, sind sich einig, dass diese Listenverbindung eine strategisch richtige und wichtige Entscheidung ist: „Das grün-soziale Lager in der Ostschweiz wird dank der Listenverbindung gestärkt aus den Wahlen hervorgehen.“

Traditionsreiche Verbindung

Die rot-grüne Listenverbindung im Kanton St. Gallen ist eine Erfolgsgeschichte. Vor 24 Jahren gab es zum ersten Mal ein solches Bündnis. Bereits vier Jahre später erreichten die Grünen einen Sitz dank der grossen Listenverbindung mit der SP und dem LdU. 1995 profitierten die Grüne-Partei und die SP gleichzeitig von der Listenverbindung: Die Grünen machten ihren Sitz wieder und die SP konnte den von der LdU verlorenen Sitz ins linksgrüne Lager retten und kam auf 3 Sitze. 1999 konnten die Grünen dank der SP ihren Sitz halten. Die SP verlor damals leider ihren dritten Sitz wieder. 2003 hätten die Grünen – dank einer Unterlistenverbindung mit den Grünliberalen – auch aus eigener Kraft einen Sitz erreicht.

Grosse Listenverbindung angestrebt

Die SP und die Grünen wären bereit gewesen, mit der EVP und den Grünliberalen eine grosse rot-grüne Listenverbindung einzugehen, um die Dominanz der SVP brechen zu können. Die angestrebte grosse Listenverbindung scheiterte am Nein der GLP und EVP.

St.Gallen, 1. September 2011 Weitere Auskünfte:

o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
SP Kanton St.Gallen

o Urs Bernhardsgrütter, Parteipräsident
Grüne Kanton St.Gallen

Einfache Anfrage Gysi-Wil:

«Personalsituation und Sicherheit im Massnahmenzentrum Bitzi

Das Massnahmenzentrum Bitzi (MZB) dient dem Vollzug von strafrechtlichen Massnahmen und der Platzierung von Personen mit fürsorgerischem Freiheitsentzug, die nicht in eine psychiatrische Klinik aufgenommen werden können. Im MZB werden individuell geplante forensische Behandlungen durchgeführt. Ziele sind die Reintegration des Insassen in die Gesellschaft und die Verhinderung neuer Delikte. Die Einweisung erfolgt über die Straf- und Massnahmenvollzugsbehörden der Kantone oder die Vormundschaftsbehörden (gemäss Aussagen auf der Homepage).

Das Massnahmenzentrum Bitzi bietet für 52 Insassen Platz, 16 von ihnen werden im geschlossenen Vollzug betreut. Viele dieser Insassen haben schwere Straftaten begangen und leiden an psychischen Problemen oder Sucht-Problemen.

Die Rechnung 2010 zeigt, dass das Bitzi im Jahr 2010 für den Kanton St.Gallen gewinnbringend gearbeitet hat. Die Rechnung schloss um 1,6 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Der Überschuss hat zwei Gründe: Mit gleich viel Personal wurden deutlich mehr Insassen betreut (plus 1434 Tage gegenüber Budget) und beim Personalaufwand

wurde, dank Mutationsgewinnen, rund 200'000 Franken gespart.

Die SP-Fraktion konnte sich anlässlich der Beratung der Junisession vor Ort ein Bild machen und das Massnahmenzentrum besichtigen. Dabei wurde klar, dass die Belastung des Personals im Massnahmenvollzug laufend steigt und trotzdem ausgewiesene zusätzliche Stellen durch die vorgesetzten Stellen und den Kantonsrat verweigert werden. Die Betreuung von Insassen mit psychischen Krankheiten und/oder Suchtproblemen stellt hohe Anforderungen an die Mitarbeitenden sowie an die Sicherheit.

Die SP-Fraktion hatte sich bereits bei der Beratung der Rechnung 2010 erkundigt, ob Massnahmen geplant seien. Anlässlich der Beratung des Sparmassnahmenpaketes im Februar 2011 hatte die SP Antrag gestellt, zwei geplante Stellen im Sicherheits- und Betreuungsbereich nicht zu streichen. Die bürgerlichen Parteien SVP/CVP/FDP lehnten diesen Antrag der SP-Fraktion mit 76 zu 23 Stimmen geschlossen ab.

Die Belegung im Massnahmenzentrum ist höher als budgetiert und die Sicherheit des Personals sowie der Bevölkerung haben klar an vorderster Stelle zu stehen. Anlässlich der Rechnungsdebatte stellte die zuständige Regierungsrätin Karin Keller-Sutter fest, dass ein tiefer Personalschlüssel angewendet wird.

Für die SP stellt sich darum die Frage, ob die Sicherheit genügend gewährleistet ist und stellt darum folgende Fragen an die Regierung:

1. Wie sieht die aktuelle Belegung und Betreuungssituation im Massnahmenzentrum Bitzi aus?
2. Wurden die Sicherheitsmassnahmen nach der Flucht des Mörders und Vergewaltigers im Massnahmenzentrum St. Johannsen überprüft? Mussten Änderungen getroffen werden?
3. Welchen Personalschlüssel hält die Regierung für angezeigt?
4. Ist die Regierung bereit, mit dem Voranschlag 2012 eine Erhöhung des Stellenetats vorzulegen?
5. Wer ist politisch verantwortlich, wenn es infolge zu wenig personeller Ressourcen zu einem Zwischenfall kommt?»

12.9.2011

Gysi-Will

Verteiler nur für Einfache Anfrage (nur SK)

Geht an:

- Mitglieder des Präsidiums (11)
- Mitglieder der Regierung und Staatssekretär (8)
- ProtFhr KR (4; mü, su, ha, ts)
- Departement (nur SK) (2)
- SE / Dv / ka / MRPr / actKR / TO

Über:

Dario Sulzer, SP SG

Einfache Anfrage Blumer-Gossau Bucher-St. Margrethen:

«Ungleichbehandlung bei Ausbildungskosten»

Der Kanton St. Gallen führt in St. Gallen an der Schule für Gestaltung diverse Kurse als Vorbereitung für eine Ausbildung im gestalterischen Bereich durch. Neben dem Vorkurs für Jugendliche wird ein Propädeutikum (Vorkurs für Erwachsene, Vollzeit) angeboten. Der Vorkurs für Jugendliche richtet sich an AbsolventInnen der Volksschule (Sekundarstufe I), der Vorkurs für Erwachsene (Propädeutikum) kann nach abgeschlossener Berufslehre oder Maturität (Sekundarstufe II) belegt werden.

Wie auf der Homepage der Schule für Gestaltung zu sehen ist, kostet der Vorkurs für Erwachsene (Propädeutikum) heute CHF 13'800.-. Dazu kommen ein zusätzlicher Materialaufwand von CHF 1'000.- und die Kosten für das Aufnahmeverfahren von CHF 200.-. Der Vorkurs für Jugendliche kostet für Teilnehmende aus dem Kanton St. Gallen CHF 2'800.-, dazu kommen der zusätzliche Materialaufwand von CHF 1'000.- und die Kosten für das Aufnahmeverfahren von CHF 200.-.

Der Vorkurs für Jugendliche wird vom Kanton St. Gallen gemäss Art. 5 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung (sGS 231.1) als Brückenangebot zur Vorbereitung auf eine berufliche Grundbildung deklariert. Der Vorkurs für Erwachsene (Propädeutikum) hingegen gilt als Weiterbildung. Die Qualifikation als Weiterbildung geschieht unabhängig davon, ob jemand lediglich über ein Maturazeugnis verfügt oder eine erste Berufsausbildung (Berufslehre) abgeschlossen hat.

Die Vorkurse sind für ein Studium an einer Kunsthochschule unabdingbar – unabhängig davon, welche Ausbildung zuvor absolviert wurde. Das gilt insbesondere auch für Studierende, die lediglich über einen Mittelschulabschluss verfügen. Tatsache ist, dass ein Maturazeugnis allein noch keinen Berufsausbildungsabschluss bildet. Das Propädeutikum nach der bestandenen Matura im Rahmen des Vorkurses für Erwachsene zu absolvieren, gehört für Maturanden somit zur Erstausbildung.

Bei Maturanden sind für den Vorkurs Gebühren von CHF 15'000.- fällig. Jene, die nach der Sekundarstufe I den Vorkurs besuchen, müssen CHF 4'000.- bezahlen. Dies obwohl für beide Gruppen der Besuch des Vorkurses für eine Ausbildung im gestalterischen Bereich unabdingbar ist.

Die Ungleichbehandlung von Schulabgängern nach der Sekundarstufe I und nach der Sekundarstufe II ist stossend. Sie entbehrt jeder sachlichen Grundlage und basiert auf einer willkürlichen Zuordnung

der Ausbildung nach der Sekundarstufe II zum Bereich der Weiterbildung.

Wir danken der Regierung für die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie begründet die Regierung diese massive Ungleichbehandlung?
2. Teilt die Regierung unsere Ansicht, dass hier Handlungsbedarf zur schnellen Behebung dieser riesigen Kostenunterschiede besteht?
3. Ist die Regierung bereit, den Vorkurs für Erwachsene (Propädeutikum) sowie den Vorkurs für Jugendliche in beiden Fällen als Erstausbildung und nicht als Weiterbildung zu deklarieren?

16. September 2011

Blumer-Gossau
Bucher-St. Margrethen

Verteiler nur für Einfache Anfrage (nur SK)

Geht an:

- Mitglieder des Präsidiums (11)
- Mitglieder der Regierung und Staatssekretär (8)
- ProtFhr KR (4; mü, su, ha, ts)
- Departement (nur SK) (2)
- SE / Dv / ka / MRPr / actKR / TO

Über :

Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Die Zitrone ist ausgepresst - Steuerfusserhöhung ist notwendig

Die St.Galler Regierung folgt den Forderungen der SP und will den Staatssteuerfuss um 10 Prozent anheben. Nicht einverstanden ist die SP, dass das Staatspersonal die Zeche für die verfehlten Steuerensenkungen der letzten Jahre bezahlen soll.

Die Medienmitteilung der Regierung zeigt es klar und deutlich: Die Mindereinnahmen 2012 fallen gegenüber dem AFP um 215 Millionen Franken tiefer aus. Die fehlende Gewinnausschüttung der Nationalbank macht davon die Hälfte aus. 88 Millionen Franken werden zusätzlich bei den Steuererträgen fehlen. Die Steuerensenkungen der letzten Jahre entfalten im Voranschlag 2012 ihre volle negative Wirkung.

Personal muss bluten

Die Verschlechterung der Haushaltsituation ist ertragsbedingt. Den immensen Ertragsausfällen ist unmöglich mit einem zusätzlichen Sparpaket beizukommen. Der Bezug des Eigenkapitals im Umfang von 200 Millionen Franken erachtet die SP als richtig. Dass die Regierung aber bereits einzelne Massnahmen eines zweiten Sparpakets vorwegnehmen will, ist für die SP sehr stossend. Bei den Staatsangestellten sollen 30 Millionen Franken ein-

gespart werden. Obwohl sie keine Schuld an der Finanzmisere trifft, sollen sie auf den Teuerungsausgleich und Realloohnerhöhungen verzichten. Der vollständige Verzicht auf die Schaffung neuer Stellen ist zwar konsequent, doch für die Weiterentwicklung des Kantons problematisch, ausserdem belastet er das bisherige Personal zusätzlich.

Die Einnahmen wieder ins Lot bringen

Die Ankündigung der Regierung, dass das Sparpaket II im Umfang der vom Kantonsrat beschlossenen 50 Millionen Franken nicht ausreichen wird, lässt die SP aufhorchen. Die SP wird ein weiteres noch radikaleres Sparpaket nicht akzeptieren. Stattdessen ist absehbar, dass eine weitere Steuerfusserhöhung sowie Anpassungen im Steuergesetz unausweichlich sein werden. Die angekündigte Erhöhung von 10 Prozentpunkten ist bei ehrlicher Betrachtung eigentlich bereits heute ungenügend.

St.Gallen, 22. September 2011 Weitere Auskünfte:
o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
über : Dario Sulzer

SP Kanton Thurgau

Anfrage Komplementärmedizin

Wortlaut der Anfrage an den Regierungsrat

Edith Wohlfender Eingang GR
SP und Gewerkschaften 29.Juni 2011
Lärchenstrasse 19 GRG Nr. 08 EA
8280 Kreuzlingen 85 369

Einfache Anfrage

„Förderung der Komplementärmedizin“

Am 17. Mai 2009 hat der Thurgauer Soverän den Verfassungsartikel 118a „(neu) „Bund und Kantone sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die umfassende Berücksichtigung der Komplementärmedizin“ mit 63% Ja-Stimmenanteil gutgeheissen. Damit wurde das Begehren, ein Miteinander von Schul- und Komplementärmedizin der Eidgenössischen Verfassung zu verankern deutlich unterstützt. Daraus entsteht eine Verpflichtung der Kantone, den Volkswillen entsprechend umzusetzen.

Auf eidgenössischer Ebene hat der Bundesrat in zwischen diverse Leistungen der Komplementärmedizin in den Leistungskatalog der Grundversicherung der Krankenkasse aufgenommen. Wie gedenkt der Kanton Thurgau, dem Volkswillen gerecht zu werden?

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Regierungsrat in den neuen Leistungsvereinbarungen mit den Spitälern und den kanto-

nen Kliniken das Miteinander von Schul- und Komplementär-Medizin berücksichtigt?

2. Sind Fördermassnahmen (finanzielle Ressourcen) für zusätzliche Stellen oder auch Forschungsgelder für den Bereich der Komplementär-Medizin explizit vorgesehen?

3. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, entsprechend den nationalen Absichtserklärungen an den Fachhochschulen oder Universitäten ein entsprechendes Forschungsprogramm zu unterstützen?

4. Besteht unter dem Dach des Gesundheitsamtes oder des Kantonsarztamtes eine Fachstelle für Komplementärmediziner, für Heilpraktiker und Heilpraktikerinnen oder für Pflegefachpersonen mit entsprechender Qualifikation?

Ich danke dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung meiner Fragen.

Kreuzlingen, 28 Juni 2011



Edith Wohlfender



Thurgau I

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau an den Grossen Rat

Frauenfeld, 23. August 2011
634

GRG NR.
08 EA 85 369

Einfache Anfrage von Edith Wohlfender vom 29. Juni 2011

Förderung der Komplementärmedizin“

Beantwortung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat beantwortet den eingangs erwähnten Vorstoss wie folgt:

Vorbemerkungen

Die fünf Methoden der Komplementärmedizin (Anthroposophische Medizin, Homöopathie, Neuraltherapie, Phytotherapie, Traditionelle Chinesische Medizin) werden ab 1. Januar 2012 bis voraussichtlich Ende 2017 provisorisch im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vergütet. Während dieser Zeit klärt das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit der erwähnten Methoden ab, um die Voraussetzungen für eine

Umsetzung des vom Souverän in der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 erteilten Verfassungsauftrags zu schaffen. Zudem sollen die komplementärmedizinischen Methoden von einem interkantonal anerkannten Fachgremium, dem Health Technology Assessment (HTA), überprüft werden. Die Evaluationen von EDI und HTA sollen bis Ende 2015 abgeschlossen sein. Aufgrund dieser Ausgangslage erachtet der Regierungsrat einen kantonalen Alleingang zur Umsetzung des Verfassungssartikels weder als sinnvoll noch als richtig.

Vor diesem Hintergrund beantwortet der Regierungsrat die Fragen wie folgt:

Frage 1

Mit den neuen, nach 126 Leistungsgruppen (DRG) differenzierten Spitalisten werden ab 1. Januar 2012 alle medizinischen Leistungen auf der Grundlage von fallbezogenen Pauschalen vergütet. Dabei steht es den Spitälern frei, welche Therapie bei welcher Diagnose zur Anwendung gelangen soll. Im Gegensatz zu heute steuern die Kantone somit ab 2012 die stationäre medizinische Versorgung durch die Spitäler nicht mehr durch detaillierte Leistungsaufträge.

Frage 2

Nein. Die medizinische Forschung ist Aufgabe der Universitäten und ihrer Spitäler. So führt etwa die Universität Zürich einen Lehrstuhl für Komplementärmedizin.

Frage 3

Der Kanton unterstützt die Forschung im Gesundheitsbereich bereits heute indirekt durch Trägerbeiträge, Beiträge im Rahmen der Hochschulvereinbarungen sowie durch Beiträge an Forschungsinstitute. Ebenso beteiligt sich unser Kanton gelegentlich an Forschungsprojekten, welche die Kantone unter der Federführung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) gemeinsam unterstützen. Die direkte Finanzierung von Forschungsprojekten an Universitäten und Fachhochschulen erfolgt üblicherweise über den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und die Förderagentur für Innovation (KTI), welche die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung unterstützt und Kontakte zu Wirtschaftsunternehmen vermittelt.

Frage 4

Eine Fachstelle für Komplementärmedizin besteht nicht und ist auch nicht vorgesehen. Der gesetzliche Auftrag des kantonsärztlichen Dienstes beschlägt generelle Aufgaben der öffentlichen Gesundheit. Diese umfassen im Wesentlichen die Bereiche Gesundheitsförderung, Prävention, Suchtbekämpfung, In-

fektiologie und Epidemiologie, nicht aber individualisierte Behandlungsformen.

Der Präsident des Regierungsrates
Dr. Kaspar Schläpfer

Der Staatsschreiber
Dr. Rainer Gonzenbach

Briefe übermittelt durch: Edith Graf-Litscher, NR



Zu viel Armut in Vorarlberg

SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch:

„Im scheinbar reichen Westen gibt es die größte Armut“



„Die jüngsten Daten über die Armut in Vorarlberg sind erschreckend. Den reichen Westen, so wie es die Landesregierung immer wieder beteuert, gibt es schon lange nicht mehr. Das zeigen Kaufkraftstudien genauso, wie die jüngsten Auswertungen der EU-SILC-Studie für Vorarlberg. Wir müssen jetzt endlich Schritte setzen, um diese Spirale nach unten zu stoppen“, fordert SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch die Landesregierung auf, aus ihrem sozialpolitischen Tiefschlaf zu erwachen und Maßnahmen zu setzen.

Michael Ritsch sieht dabei mögliche Maßnahmen im Bereich der Löhne, der Bildung sowie des Wohnens. So fordert er die Anhebung des Mindestlohnes für Vorarlberg auf 1.500 Euro. „Wir wollen keine gesetzliche Verankerung eines Mindestlohnes, sondern eine kollektivvertragliche. Mit 1.500 Euro kann man in Vorarlberg gerade mal schlecht als recht leben. Die Landesregierung könnte diesbezüglich durchaus eine Empfehlung an die ÖVP-Verhandler in der Wirtschaftskammer abgeben. Vor allem aber kann sie im eigenen Bereich, sprich Landesbedienstete, mit gutem Beispiel vorangehen“, meint der SPÖ-Clubobmann.

Darüber hinaus würden Familien und Alleinerzieherinnen stark entlastet werden, wenn, wie bereits des Öfteren gefordert, die Kinderbetreuung

kostenlos angeboten werden würde. Zudem müsse man endlich den Schritt in Richtung Ganztagschule machen. Dazu meint Michael Ritsch: „Mit der Ganztagschule würde sich die teure, private Nachhilfe erübrigen. Eine klare Entlastung für viele Familien und Alleinerzieherinnen.“

Schlussendlich fordert der SPÖ-Clubobmann zusätzliche Anstrengungen im gemeinnützigen Wohnbau. Er hält dazu abschließend fest: „Wir müssen wieder massiv in den gemeinnützigen Wohnbau investieren, da Wohnen in Vorarlberg immens teuer ist und dies die größte Ausgabenposition im Haushaltsbudget darstellt. Damit derartige und auch andere Dinge finanziert werden können, muss die ÖVP allerdings von ihrer Blockadehaltung in Sachen Reichensteuer abgehen.“

SPÖ-Express, 19.08.2011

Sommer-Talk mit LAbg. Gabi Sprickler-Falschlunger

Diese Woche sprechen wir im Zuge unserer Sommergespräche mit Gabi Sprickler-Falschlunger über Gesundheitspolitik, Integration in Vorarlberg und die Leistungsträger der Gesellschaft.

http://www.vorarlberg.spoe.at/index.php?id=29&rid=t_1194&mid=548&aC=fa9438c9&jumpurl=0

Michael Ritsch im ORF-Sommerinterview

Landesparteichef Ritsch stellt sich den Fragen des ORF

as Interview zum Nachhören und -sehen auf der [Homepage des ORF](#).

SPÖ-Express, 26.08.2011

SPÖ-Frauen fordern Ergebnisse zur Einkommenstransparenz

Jäger-Fischer und Pircher:

„Erste Ergebnisse von VKW/Illwerke, Zumtobel, Liebherr und Blum müssten vorliegen“

„Vier Vorarlberger Unternehmen mit mehr als 1.000 ArbeitnehmerInnen müssen erstmals ab dem Jahr 2011 ihre durchschnittlichen Einkommen durch die neue Einkommenstransparenz offenlegen. Das betrifft im Jahr 2011 immerhin 8.005 ArbeitnehmerInnen. Bis Ende Juli hatten die vier größten Vorarlberger Unternehmen Illwerke/VKW, Zumtobel AG, Liebherr und Blum Zeit, die Ein-

kommensberichte in ihren Unternehmen zu veröffentlichen. Wir würden gerne die Ergebnisse sehen“, halten SPÖ-Frauensprecherin LAbg. Mirjam Jäger-Fischer sowie SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher fest. Aus diesem Grund richtet Jäger-Fischer auch eine Anfrage an die zuständige Landesrätin Dr. Greti Schmid.

Nicht zuletzt im Zuge der aktuellen Armutsdiskussion Vorarlberg betreffend, trete die Frage der so genannten Einkommenstransparenz wieder in den Vordergrund. Denn die Zahlen im letzten Frauensituationsbericht für Vorarlberg würden einmal mehr bestätigen, dass enormer Aufholbedarf vorhanden ist, so die beiden Vertreterinnen der SPÖ-Frauen.

Zur Erinnerung: Mit einer Einkommensdifferenz von 33 % ist Vorarlberg Spitzenreiter im österreichweiten Vergleich. Verstärkt wird dies in der Pension; dort beträgt die Differenz ca. 50%! Umso bedenklicher werden diese Zahlen noch, wenn man bedenkt, dass Österreich im weltweiten Vergleich (im Global Gender Gap Report) auf Platz 126 von 134 untersuchten Ländern liegt.

In der Anfrage will SPÖ-Frauensprecherin Jäger-Fischer nun wissen, was die Ergebnisse der Erhebungen in den jeweiligen Betrieben sind. „Einsicht wird es auf alle Fälle bei VKW/Illwerke geben müssen, da dieses Unternehmen im Eigentum des Landes steht. Aber auch bei den restlichen drei Betrieben wäre es interessant zu wissen, wie weit die Einkommensschere auf geht“, schließen Jäger-Fischer und Pircher.

Die Anfrage als PDF im [Downloadcenter](#).

SPÖ-Express, 26.08.2011

SPÖ fordert Maßnahmenpaket zur Armutsbekämpfung

Michael Ritsch:

Schnelles Handeln erforderlich

Die alarmierenden Zahlen betreffend steigender Armut in Vorarlberg haben die SPÖ Vorarlberg einmal mehr dazu veranlasst, einen entsprechenden Antrag an die Landesregierung zu stellen. SPÖ-Clubobmann Ritsch und LAbg. Gabi Sprickler-Falschlunger fordern dringend ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Armut, das von der Regierung in Zusammenarbeit mit Experten und allen politischen Parteien schnellstens erarbeitet werden sollte.

In Vorarlberg sind 17.000 Menschen trotz Berufstätigkeit von Armut betroffen. Rechnet man die Angehörigen dieser Menschen dazu, können somit 35.000 Personen nicht von diesem Einkommen leben. Reale Armut hat mittlerweile längst auch die

Mittelschicht in Vorarlberg erreicht.

5,5 Prozent oder umgerechnet circa 22.000 Menschen in Vorarlberg leben laut der letzten EU-Silc-Studie in manifester Armut. 12 Prozent der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger (etwa 45.000 Personen) sind armutsgefährdet.

„Reiche werden immer reicher und Arme werden immer ärmer. Es ist äußerst bedenklich, dass das Armutsrisiko auch in Vorarlberg stetig zunimmt. Vor allem angesichts der Tatsache, dass auf der anderen Seite in den letzten 15 Jahren auch der Wohlstand kontinuierlich gewachsen ist. Wobei zehn Prozent der Bevölkerung fast 70 Prozent des Geldvermögens besitzen“, erläutert Michael Ritsch das bestehende Ungleichgewicht.

Die SPÖ Vorarlberg hat bereits mehrfach entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut im Land eingefordert. Dies sind unter anderem die Erhöhung des kollektivvertraglichen Mindestlohnes auf 1.500 Euro, die kostenlose Kinderbetreuung, die gemeinsame Schule der 6 bis 15-Jährigen und die Ganztagschule sowie der massive Ausbau des gemeinnützigen Wohnbaus in Vorarlberg.

Der Antrag dazu im [Downloadcenter](#).

SPÖ-Express, 02.09.2011

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

SPD-Mitgliederversammlung

Werner Drews ist Ortsvereinsvorsitzender

WARTHAUSEN – **Werner Drews** aus Biberach ist jetzt zum Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Biberach gewählt worden. Die Mitglieder bestimmten in ihrer Versammlung in Warthausen außerdem **Robert Egle** aus Attenweiler und **Marlis Zimmerer** aus Warthausen-Birkenhard zu stellvertretenden Vorsitzenden. Kassier bleibt **Edwin Seibold** aus Biberach. Den Vorstand komplettieren die Beisitzer **Edith Tröndle-Masch** und **Wolfgang Pratzwich** aus Maselheim, **Andreas Kolesch**, **Claudy Simmler**, **Jenny Enke** und **Wolfgang Heinzl** aus Biberach sowie **Lisa Stahn** aus Mittelbiberach.

Werner Drews bedankte sich bei allen Vorstandsmitgliedern, die nicht mehr zur Wahl standen, insbesondere auch beim bisherigen Vorsitzenden Roland Luschkowski. Zuvor hatte die Fraktionsvorsitzende Gabriele Kübler aus dem Biberacher Gemeinderat berichtet und unter anderem festgestellt, dass nur die Biberacher SPD gegen höhere Ganztagsbetriebsgebühren für Kinder unter drei Jah-

ren gestimmt habe; alle anderen Fraktionen hätten die Gebühr einmütig um 99 auf 358 € im Monat gesteigert, was einer Erhöhung um über 38 Prozent entspricht.

Das Gebiet des SPD-Ortsvereins Biberach umfasst neben der Großen Kreisstadt die Gemeinden Schemmerhofen, Attenweiler, Warthausen, Maselheim, Mittelbiberach, Ummendorf, Hochdorf und Eberhardzell.

05.09.2011

Werner Drews

Martin Gerster warnt:

Schwarz-Gelb streicht Südbahn aus Investitionsplan

BERLIN – Medienberichten zufolge sind Elektrifizierung und Ausbau der Südbahn aus dem aktuellen Investitionsrahmenplan des Bundesverkehrsministeriums gestrichen worden. „Das wäre ein herber Rückschlag für die gesamte Region und ein weiteres Armutszeugnis für Schwarz-Gelb“, so der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster. „Wenn die Meldungen zutreffen, droht sich der für unsere Region so wichtige Ausbau der Strecke von Ulm über Biberach und Ravensburg nach Friedrichshafen und Lindau um mindestens fünf Jahre zu verzögern“.

Um Klarheit zu schaffen, will Gerster schnellstmöglich Einsicht in den Entwurf des Fünfjahresplans nehmen, dessen jüngst öffentlich gewordenen Inhalte Anlass zur Sorge geben. Laut dem Papier des Bundesministeriums bestehe ein Bedarf von 8 Milliarden Euro, um wichtige Verkehrsprojekte in Deutschland zu realisieren. Weil die schwarz-gelbe Bundesregierung aber nur einen Bruchteil zur Verfügung stelle, habe man Vorhaben zurückgestellt. Davon wäre aller Voraussicht nach auch die Südbahn betroffen. Gemeinsam mit seinen SPD-Kollegen im Verkehrsausschuss will sich Gerster mit aller Kraft dafür einsetzen, das Projekt in den anstehenden Beratungen auf der Tagesordnung zu halten.

„Jetzt sind auch die Abgeordneten von CDU und FDP aus unserer Region gefragt, ihren großen Worten endlich Taten folgen zu lassen“, fordert Gerster. „In der letzten Legislaturperiode haben wir als SPD-Fraktion mit großen Anstrengungen erreicht, dass die Südbahn bei den wichtigsten Verkehrsprojekten dabei ist und finanziert wird“, so der 40jährige Sozialdemokrat: „Dass Minister Ramsauer jetzt die Südbahn komplett aus dem Investitionsrahmenplan streicht, zeigt, dass unter der jetzigen Bundesregierung in der Verkehrsinfrastruktur überhaupt Nichts vorangeht.“

Auch bei den Ortsumfahrungen B 311 Unlingen, B 30 Ravensburg Süd, B 31 Friedrichshafen und B 31 Überlingen sieht Gerster kein Vorankommen: „Die

Anlieger und Autofahrer werden von Jahr zu Jahr vertröstet und mit teilweise unrealistischen Überlegungen einer privaten Vorfinanzierung hingehalten“. Tatsächlich herrsche Stillstand.

09.09.2011 Alexander Geisler, Büro M. Gerster, MdB

Hochschule Biberach:

5,8 Mio. Euro für Dolli-Umbau Mindestens 159 Studienplätze zusätzlich

Gute Nachrichten für die Hochschule Biberach aus Stuttgart: Die Sanierung der Dollinger-Realschule für die zukünftige Nutzung durch die Hochschule Biberach kommt. Wie die grün-rote Landesregierung auf eine Initiative der beiden SPD-Abgeordneten Martin Rivoir (Ulm) und Martin Gerster (Biberach) mitteilt, werden im neuen Landeshaushalt für den Umbau der Dollinger-Realschule 5,8 Mio. Euro eingestellt. Baubeginn soll Anfang 2013 sein.

„Der notwendigen Erweiterung der Hochschule steht nichts mehr im Wege“, freuen sich MdL Martin Rivoir und MdB Martin Gerster, die in den vergangenen Wochen etliche Gespräche mit Vertretern der Hochschule und Vertretern der Landesregierung geführt haben. An der Entscheidung waren sowohl Finanzminister Dr. Nils Schmid (SPD) wie auch Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) maßgeblich beteiligt. Sowohl Rivoir wie auch Gerster haben vor der Sommerpause mit beiden Ministern für die Hochschule Biberach Gespräche geführt.

In ihrer Antwort auf einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion nimmt die Landesregierung zur aktuellen Bedeutung und Situation der Hochschule Biberach auf acht Seiten umfassend Stellung. Daraus geht unter anderem hervor, welche Anziehungskraft die Hochschule Biberach hat: So haben sich für das jetzt beginnende Wintersemester 2011 / 12 insgesamt 2.714 Interessenten beworben. Dies sind 33,4% mehr als noch vor einem Jahr und bedeutet in absoluten Zahlen einen Anstieg um 680 Bewerbungen.

Aufgrund des erwarteten Andrangs für das Wintersemester stellt die Landesregierung für das Wintersemester 2012 / 2013 mindestens 159 zusätzliche Studienplätze bereit.

Die komplette Antwort der Landesregierung auf den Antrag „Situation und Perspektiven der Hochschule Biberach“ der SPD-Landtagsfraktion (Landtags Drucksache Nr. 15 / 432) kann unter www.martin-gerster.de abgerufen werden.

Biberach, den 16. September 2011
Wolfgang Heinzel, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Hilde Mattheis zeigt sich über Argumente der Zusammenlegung von Arbeitsagenturen Ulm und Aalen empört

Für die Argumente die von der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales in einem Antwortschreiben zu der Zusammenlegung der Arbeitsagenturen Ulm und Aalen vorgebracht werden, hat Hilde Mattheis keinerlei Verständnis. „Die Argumentation richtet sich nur auf die gesellschaftlichen, lässt aber regionale Besonderheiten vollkommen außer Acht“ so Mattheis.

Hintergrund ist, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre Organisations- und Führungsstrukturen verändert und im Zuge dessen die Arbeitsagentur Ulm mit der Arbeitsagentur Aalen zusammen legen will, mit dem Sitz in Aalen.

Es wird hierbei aber keinerlei Rücksicht auf regionale Bedürfnisse genommen. Mattheis wies in einem Brief die Akteure auf die Problematik der regionalen Struktur hin. „Über die Landesgrenzen hinweg zeigt sich der Wirtschaftsraum Neu-Ulm und Ulm als starker Motor für Arbeitsplätze und Wachstum“ macht die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis noch mal deutlich.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis hat sich deshalb direkt nach dem Bekanntwerden der Pläne an Bundesarbeitsministerin von der Leyen, den Chef der Bundesagentur für Arbeit Weise sowie die Vorsitzende des Verwaltungsrats Annelie Buntenbach vom DGB gewandt und um eine konkrete Stellungnahmen gebeten.

„Die Antworten von der Agentur für Arbeit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zeigen deutlich, dass das Konzept nicht bis zum Ende durchdacht wurde. Ich werde mich weiterhin mit allen Mitteln für eine andere Lösung einsetzen“, so Hilde Mattheis abschließend.

Ulm, 19. August 2011 Büro Hilde Mattheis, MdB

Druck auf Bundesregierung:

Keine Verzögerungen beim Ausbau der Südbahn

Die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis will von der Bundesregierung wissen: Hält die Bundesregierung an der Elektrifizierung der Südbahn fest?

„Nach Presseberichten will das Bundesverkehrsministerium die Elektrifizierung der Südbahn auf Eis legen. Der Verkehrsminister Ramsauer versteckte sich bislang hinter ‚Entwürfen auf Arbeitsebene‘ und ist einer konkreten Aussage aus dem Weg gegangen. Dabei hat Ramsauer selbst noch am Freitag im Bundestag davon gesprochen, dass geplante Neubauten bzw. Ausbauten erstmal gestoppt würden.

Um diese Aussageverweigerungsstrategie des Verkehrsministers zu beenden, habe ich heute eine Anfrage an die Bundesregierung zu ihren weiteren Plänen für die Südbahn gestellt. Denn wir brauchen in der Region unbedingt Klarheit darüber, ob dieses schon lang geplante Projekt auch umgesetzt werden kann. Klar ist, dass sich die Elektrifizierung nicht weiter verzögern darf. Seit Jahren schon steht es in der Liste der Projekte, die prioritär umzusetzen sind - und als eines der letzten Projekte gibt es noch keine Regelung über die Finanzierung.

Verkehrsminister Ramsauer hat jetzt eine Woche Zeit, um sich eindeutig zur Elektrifizierung der Südbahn zu bekennen, zumal das Land 50 Prozent der Finanzierung übernehmen will und der Bund schon mehrfach mündliche Zusagen gegeben hat. Das ist ein Vertrauensschutz, den die Bundesregierung den Menschen in unserer Region schuldig ist.“

[Bundestagsabgeordnete haben verschiedene Möglichkeiten, die Bundesregierung zu befragen. Bis zu vier schriftliche Fragen können Mitglieder des Bundestages jeden Monat stellen. Die Bundesregierung muss dann innerhalb einer Woche die jeweilige Frage beantworten.](#)

Ulm, 12. September 2011
Büro Hilde Mattheis, MdB

Ulm benötigt mehr bezahlbaren Wohnraum

Die Bundesregierung hat weitreichende Kürzungen in der Wohnbauförderung beschlossen. Allein für Baden-Württemberg ergeben sich Ausfälle in zweistelliger Millionenhöhe. Dies führt zu Engpässen im Wohnungsbau, da die Kommunen nicht in der Lage sind die Ausfälle zu kompensieren. Vor diesem Hintergrund fordert Hilde Mattheis: „Auch Ulm benötigt weiterhin Wohnungsbau“ und fügt erklärend hinzu: „es kann nicht sein, dass durch die Haushaltskonsolidierung auf Bundesebene, die kommunale Daseinsfürsorge zum Erliegen kommt“.

Hilde Mattheis will auch bei den Neuvermietungen ansetzen: „Bei Neuvermietungen sind Vermieter nicht an den Mietspiegel gebunden, sondern können die Mieten drastisch erhöhen. Deshalb müssen wir einen Weg finden, dass gerade Investoren nicht auf Kosten der Mieterinnen und Mieter ihre Rendite vervielfachen.“ Eine entsprechende Initiative von SPD-geführten Bundesländern wird derzeit im Bundesrat von der CDU blockiert.

„CDU und FDP blockieren mieterfreundliche Gesetzesinitiativen im Bund und schielen nur auf Vermieter und Investoren“, sagt Hilde Mattheis. „Da geht es nicht mehr um einen Ausgleich, sondern um Privilegien für Vermieter - auf Kosten der Mieter und der sozialen Mischung in Innenstädten.“

Hilde Mattheis setzt sich für bezahlbaren Mietraum in Ulm ein: „Gerade in Verbindung mit den rapide steigenden Nebenkosten steigen die Mieten spürbar an. Um Engpässe auf dem Wohnungsmarkt zu vermeiden, muss auch weiterhin bezahlbarer Wohnraum in Ulm geschaffen werden.“ Denn die Mieten stellen eine zunehmende Belastung für die BürgerInnen dar. Dies zeigt sich auch an den langen Wartelisten der Wohnungsbaugesellschaften für günstigen Wohnraum.

In Ulm ist die Mietpreissteigerung aufgrund der starken Wohnungsnachfrage besonders hoch. Die Mietpreise sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, der Mietspiegel von 2008 schon jetzt veraltet. Insbesondere in der Kernstadt und citynahen Lagen haben sich die Mieten deutlich erhöht. Vor diesem Hintergrund wird derzeit ein neuer Mietspiegel erarbeitet, in dem sich die aktuellen Tendenzen nachvollziehen lassen.

Ulm, den 16. 09. 2011 Büro Hilde Mattheis, MdB

Kein Bekenntnis der Bundesregierung zur Südbahn!

Die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis fragte die Bundesregierung, ob sie an der Elektrifizierung der Südbahn festhält. Nun liegt eine Antwort vor.

„Jetzt kommt ans Licht, was in den letzten Jahren immer wieder geleugnet wurde: Die Elektrifizierung der Südbahn hat für die Bundesregierung keine hohe Bedeutung. Anders ist die nichtssagende Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf meine schriftliche Frage nicht zu erklären.

Die Bundesregierung weicht weiterhin einer konkreten Aussage aus. Weder wird zugesichert, dass die Südbahn im Investitionsplan 2011-2015 fest eingeplant ist, noch wird ein konkreter Zeitraum für die Umsetzung genannt. Ein Baurecht ist nicht gegeben. Das Verkehrsministerium versteckt sich hinter den laufenden Planungen der Deutschen Bahn, die erst Ende 2012 abgeschlossen sein sollen. Das muss als klarer Hinweis bewertet werden, dass diese Bundesregierung die Elektrifizierung der Südbahn auf Eis legen möchte. Es wird Zeit für eine belastbare Festlegung: Die Südbahn muss in den neuen Investitionsrahmenplan mit höchster Priorität aufgenommen werden.

Ulm, den 20. September 2011
Büro Hilde Mattheis, MdB

Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Freitag, 9. September 2011

Die Themen:

- Gabriel geißelt Merks Schlingerkurs
- Generaldebatte im Deutschen Bundestag
- Lehren aus dem 11. September 2001
- Zukunftsdialoq beim Tag der Offenen Tuer
- Buerger im Bundestag: "Dann waehle ich euch!"
- Klausursitzung der SPD-Fraktion
- Stellenausschreibung: Ausbildungsplaetze

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier:

- Auftakt der Haushaltswoche - Steinmeier: "Schwieriger Spagat fuer Abgeordnete"

Interview:

- Steinmeier: "Westerwelle hat die Aufgaben einer Regierung unterschaezt"

Video/Foto:

- Generaldebatte: Steinmeier rechnet mit Bundesregierung ab
- Impressionen vom Tag der Ein- und Ausblicke 2011
- 7 Videos zum Projekt Zukunft

Veroeffentlichungen:

- Broschuere: Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag
- Faltblatt: Unser Projekt heisst Zukunft
- Faltblatt: Integration heisst Zusammenhalt und Fortschritt
- Reihe Positionen: "Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention - Herausforderung und Chance fuer eine inklusive Gesellschaft"
- Reihe dokumente: Tschernobyl, Fukushima und die Folgen
- Reihe dokumente: Wege aus der Kinderarmut

Die Themen

EUROPA

Gabriel geißelt Merks Schlingerkurs - 1. Lesung zum Rettungsschirm EFSF

Erst wollte die Kanzlerin keinen Cent an die Griechen zahlen, nun muss sie zustimmen. Eine europaeische Wirtschaftsregierung lehnte die Koalition ab - nun schlug Merkel genau das vor. In der Debatte um die Erweiterung des EFSF entlarvt SPD-Parteichef Sigmar Gabriel Merks Politik als haltungslos und erklaert, warum der sozialdemokratische Ansatz ehrlicher ist.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58024,00.html

HAUSHALT

Generaldebatte im Deutschen Bundestag - Steinmeier rechnet mit der Bundesregierung ab

Waehrend der Elefantenrunde im Parlament legt Frank-Walter Steinmeier schonungslos offen, warum die Bundesregierung eine katastrophale Halbzeitbilanz vorweist und weshalb sie keine Antworten auf die neue Wirklichkeit findet. Eine Analyse.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58013,00.html

INNERES

Kein Kampf der Kulturen - Lehren aus dem 11. September 2001

Fruher wusste jeder, was er gemacht hat, als John F. Kennedy erschossen wurde. Heute wissen wir alle, was wir am 11. September 2001 gemacht haben. Die Bilder von den einstuerzenden Twin Towers sind uns allen im Gedaechnis geblieben.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56548,00.html

PROJEKT ZUKUNFT

Zukunftsdialog beim Tag der Offenen Tuer - Das wuenschen sich die Buerger fuer 2020

Gleiche Entlohnung fuer Leiharbeiter und Festangestellte, gerechte Bildungschancen fuer alle Kinder, bezahlbare Gesundheitsvorsorge - das sind nur einige der Schlagworte und Wuensche von Menschen, die bei unserem Projekt Zukunft mitgemacht haben.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58043,00.html

AKTUELL

Buerger im Bundestag: "Dann waehle ich euch!" - So war der Tag der Ein- und Ausblicke

Tausende Besucher sind der Einladung des Bundestages und der Fraktionen gefolgt. Die SPD-Abgeordneten haben spannende Gespraechе gefuehrt. Unsere Zukunftsdialogwand erfreute sich reger und kreativer Teilnahme.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58005,00.html

Klausursitzung der SPD-Fraktion - Jacques Delors: "Europa muss handeln!"

Frieden und Wohlstand in Europa sind nicht selbstverstaendlich. Nur gemeinsames Handeln kann die Europaeische Union retten - mit fesselnden Worten faszinierte der ehemalige Praesident der EU-Kommission die Abgeordneten der SPD-Fraktion. Mit Prof. Enderlein, Oekonom, diskutierten die Parlamentarier ueber Eurobonds und warum der neue Rettungsfonds EFSF so wichtig ist. Lesen Sie, welche Positionen die SPD-Fraktion vertritt.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57973,00.html

Stellenausschreibung: Ausbildungsplaetze - Fachangestellte/r fuer Buerokommunikation und IT-Fachinformatiker/-in - Fachrichtung Systemintegration - Unser Projekt heisst Zukunft - Machen Sie mit!

Sie interessieren sich fuer Politik und wollen gerne im Buero oder an Computertechnologie arbeiten? Wir bilden seit Jahren in unterschiedlichen Ausbildungsberufen aus und suchen motivierte Auszubildende, die gerne teamorientiert arbeiten und Interesse an einer anspruchsvollen und vielseitigen Ausbildung haben.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57977,00.html

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier

Auftakt der Haushaltswoche - Steinmeier: "Schwieriger Spagat fuer Abgeordnete"

Der SPD-Fraktionschef erwartet von Griechenland, dass es seine "Hausaufgaben macht" und seine "Verpflichtungen" erfuellt. Fuer die Parlamentarier sei diese Woche besonders schwer: die Stabilisierung der Eurozone auf der einen und das Hauhaltsrecht des Bundestages auf der anderen Seite.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55604,00.html

Interview

Steinmeier: "Westerwelle hat die Aufgaben einer Regierung unterschaezt" - Interview mit dem Hamburger Abendblatt, 03.09.2011

Guido Westerwelle hat die Aufgaben einer Regierung unterschaezt, sagt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier im Gespraech mit dem Hamburger Abendblatt. "Westerwelle hat leider nie verstanden, dass Regierungaemter mit Substanz und Verantwortung ausgefuellt werden muessen - und nicht mit Rhetorik und Polemik."

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58002,00.html

Videos

Generaldebatte: Steinmeier rechnet mit Bundesregierung ab

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=YOfaSkYN-z0&feature=channel_video_title

Impressionen vom Tag der Ein- und Ausblicke 2011

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=ccwaWpCiDjU&feature=channel_video_title

7 Videos zur Vorstellung des Projekts Zukunft

Videos ansehen

<http://www.youtube.com/user/spdfraktion#grid/user/84766F14C5DB270E>

Veroeffentlichungen

Broschuere: Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag - Die SPD-Bundestagsfraktion stellt sich vor (36 Seiten, August 2011)

Broschuere ansehen

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14950,00.pdf

Faltblatt: Unser Projekt heisst Zukunft - Modernisierungskonzepte fuer Deutschland (12 Seiten, August 2011)

Faltblatt ansehen

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14951,00.pdf

Faltblatt: Unser Projekt heisst Zukunft: Integration heisst Zusammenhalt und Fortschritt - Gleichberechtigt miteinander leben (12 Seiten, August 2011)

Faltblatt ansehen

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14952,00.pdf

Reihe Positionen: "Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention - Herausforderung und Chance fuer eine inklusive Gesellschaft" - Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion (positionen 02/11, 54 Seiten, Mai 2011)

Heft ansehen

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14957,00.pdf

Reihe dokumente: Tschernobyl, Fukushima und die Folgen - Parlamentarisches Gedenken anlaesslich des 25. Jahrestages der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl (dokumente 03/11, 76 Seiten, Juni 2011)

Heft ansehen

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14969,00.pdf

Reihe dokumente: Wege aus der Kinderarmut - Fachgespraech der AG Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Bundestagsfraktion (dokumente 02/11, 38 Seiten, Juli 2011)

Heft ansehen

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14930,00.pdf

Diese und weitere Veroeffentlichungen koennen Sie bei uns kostenlos bestellen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

Mit freundlichen Gruessen

webteam@spdfraktion.de

www.spdfraktion.de



Das BarCamp Frauen geht in die zweite Runde

Das BarCamp Frauen findet dieses Jahr am 15.10.2011 unter dem Motto „Was wollt Ihr eigentlich?“ statt.

Tja, was wollen wir eigentlich? Und was wollen wir nicht?

Mehr Zeit für uns - mal wieder so richtig politisch diskutieren - nen interessanten Job, der uns Unabhängigkeit garantiert - nie wieder sexistische Werbung sehen zu müssen - mit Kindern leben - ohne Kinder glücklich werden - nervige Diskussionen über Biologismen überflüssig machen - in einer offenen Gesellschaft leben - emanzipierte Typen um uns herum haben – endlich gleiche Bezahlung – Partnerschaftlichkeit und Gleichstellung leben (können) - und so weiter...

Aber auch weibliche Schönheitsideale, Auseinandersetzung mit Vorbildern und deren Glaubwürdigkeit, der ambivalente Umgang mit Sexyness sowie die Debatte um den sog. neuen Feminismus oder weibliche Netzwelten stehen momentan hoch im Kurs.

Immer wiederkehrende und oft kontrovers diskutierte Themen in Deutschland: Was jedoch nach wie vor fehlt, sind konkrete Ideen für moderne Lebensentwürfe unserer Zeit.

Was denkst du?

Komm zum BarCamp Frauen und diskutiere mit anderen darüber, wie DU leben willst. Mitreden, einbringen, beeinflussen und etwas in Bewegung bringen. Alle sind herzlich willkommen, egal ob Frau, Mann oder was dazwischen.

Geh auf www.barcampfrauen.mixxt.de, melde Dich an und bestimme das Programm vorab mit. Du kannst aber auch gern ohne Anmeldung vorbeikommen.

Deine Teilnahme ist kostenlos, für einen kleinen Imbiss und eine Kinderbetreuung ist gesorgt.

Die Facts:

Datum: Samstag, 15.10.2011 ab 12 Uhr (Einlass ab 11Uhr) bis 18Uhr

Ort: Kalkscheune Berlin (Johannisstraße 2, 10117 Berlin)

Kooperationspartnerinnen: Missy Magazin, Die Gazelle, Mädchenmannschaft, Frauen machen Neue Länder, DGB Frauen, SPD, der Freitag, vorwärts

Kontakt: Email: BarCampFrauen@googlemail.com

Kurz und kompakt: Die Infos für Grenzgänger als Faktenblätter!

RAVENSBURG/FELDKIRCH (EURES) – Kurz, kompakt und in der Summe komplett – gemäß diesem Motto wurden die beliebten und bekannten „Infos für Grenzgänger 2011“ jetzt zu einzelnen Faktenblättern weiterentwickelt. Sie stehen auf der Homepage von EURES BODENSEE – www.jobs-ohne-grenzen.org – als pdf zum Download bereit.

„Wir möchten mit den neuen Faktenblättern allen NutzerInnen ein zusätzliches, interessantes Angebot machen“, erklärt Herausgeber Gottfried Christmann vom DGB Südwürttemberg zu der Weiterentwicklung der Infos für Grenzgänger. Sie bieten allen die Möglichkeit, ganz gezielt nur die benötigten Informationen zu lesen und auszudrucken.

Die Faktenblätter selbst sind 3 bis maximal 5 Seiten lang und sowohl von den Kapiteln wie auch dem farbigen Leitsystem ganz im Stil der „Infos“ gehalten. Das soll die Orientierung und Suche erleichtern, so Christmann.

Im Einzelnen gibt es zwei verschiedene Versionen der neuen Faktenblätter:

- + In der einen werden die Themen „Altersbezüge“, „Arbeitsbewilligung“, „Arbeitslosigkeit“, „Arbeitssuche“, „Berufsabschlüsse“, „Familienleistungen“ und „Unfallversicherung“ für alle vier Staaten im Bodenseeraum zusammengefasst.
- + Bei der zweiten sind die Kapitel „Arbeitseinkommen“, „Arbeitsrecht“, „Krankenversicherung“ und „Vorsorge“ jeweils für die einzelnen Länder - Österreich, Schweiz, Liechtenstein und Deutschland – getrennt aufbereitet und dargestellt.

Sie alle lassen sich aufgrund der geringen Größe nun leicht von der EURES-BODENSEE-Homepage herunterladen und ausdrucken. Und: Alle zusammen ergeben dann wieder die vollständige Broschüre, so Herausgeber Christmann.

→ Download der neuen Faktenblätter unter www.jobs-ohne-grenzen.org

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseechas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Dorothee Utta:

info@diaphania.de

SPD-BW:

bawue@spd.de

Bernd Caesar:

bernd.caesar@online.de

Leon Hahn:

l.m.m.hahn@gmail.com

Andy Heinrich:

Bodenseefoto@aol.com

Dario Sulzer:

sulzer@sp-sg.ch

Edith Graf-Litscher, NR:

edith.graf-litscher@parl.ch

SPÖ-Express:

hubert.loetsch@spoe.at

www.spoe.at

SPÖ-Aktuell:

spoe.aktuell@spoe.at

Werner Drews:

drews_w@yahoo.de

Alexander Geisler, Büro Berlin

M. Gerster, MdB:

martin.gerster.ma01@bundestag.de

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Wolf99maci@aol.com

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Leo Wiedemann:

leo.wiedemann@t-online.de

Mail-Informationsdienst:

webteam@spdfraktion.de

DGB-Region Südwürttemberg:

ravensburg@dgb.de

BarCamp Frauen AsF:

BarCampFrauen@googlemail.com

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseechas@kabelbw.de